

# STEIRISCHE Volksstimme

Ausgabe 10a, September 2013 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

ZEITUNG DER STEIRISCHEN KPO

## Graz hat's – Österreich braucht's

Seite 2/3



Die Farbe lässt auf einen Ferrari schließen. Das Gerät ist aber ein Original-Porsche, wie er in den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts gebaut wurde.

Nationalratswahl 29.9.2013:

**Arbeiter statt Milliardär**

KPÖ-Liste 8 wählen! 

www.kpoe-steiermark.at



**WEG MIT DEM  
REGRESS**

Unterschreiben Sie bitte! 5-6





ZITIERT

„Es ist nicht einzusehen, dass die Steirer als Einzige für die Pflege von Angehörigen zur Kasse gebeten werden.“ *Fritz Ploner, Gewerkschafter*

„Die Einführung des Regresses noch dazu ohne Bescheid ist nicht nachvollziehbar. Wir haben einen eigenen Pflegefonds eingerichtet, der den Ländern hilft, den Anstieg bei den Sozialhilfekosten zu bewältigen.“ *Sozialminister Hundstorfer (SPÖ) ist sich nicht ganz einig mit seinem Parteikollegen Voves*

„Ältere Menschen zur Verzweiflung zu bringen, indem man ihnen das Gefühl gibt, ihren Kindern auf der Tasche zu liegen, ist das Schlimmste, das man ihnen antun kann.“ *Der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) ist sich nicht ganz einig mit seinem Kollegen Voves.*

„Der Regress ist eine Zusatzbelastung für Familien. Es zahlt die Person, die gepflegt wird, schon mit ihrer Rente, mit ihrem Pflegegeld. Es zahlen die Ehegatten und jetzt sollen die Kinder auch noch zahlen. Ich glaube, dass es an der Zeit wäre, den Regress in das Buch der Geschichte einzutragen und zu vergessen.“ *Caritas-Direktor Franz Küberl*



„Ein Einkaufskorb mit Lebensmitteln ist im Jahresvergleich um acht Prozent teurer geworden – und das gilt für die günstigsten Produkte. Das zeigt ein aktueller AK Preismonitor mit den 40 preiswertesten Lebens- und Reinigungsmitteln in fünf Supermärkten und bei drei Diskontern in Wien.“  
*(Quelle, Arbeiterkammer, 11.7. 2013)*

# Graz hat's, Österreich braucht's:

## STEIRISCHER SPITZENKANDIDAT KURT LUTTENBERGER

Der steirische KPÖ-Spitzenkandidat Kurt Luttenberger will sich „ohne Wenn und Aber“ für die Menschen einsetzen, die sonst keine Lobby haben. Das Grazer Stadtblatt fragte ihn, warum man bei der Nationalratswahl die KPÖ wählen sollte.

*Was hat dich bewogen zu kandidieren?*

**Kurt Luttenberger:** In Österreich leben mehr Arbeiter als Großgrundbesitzer, mehr alleinerzie-

hende Mütter als Fabrikbesitzer, mehr Arbeitslose als Börsenspekulanten. Die Superreichen sind eine kleine Minderheit, die bestimmt, was in unserem Land geschieht. Daher ist eine grundsätzliche Alternative dringend nötig.

*Warum gerade die KPÖ?*

**Luttenberger:** Ich bin Betriebsaktivist und bin seit vielen Jahren in ÖGB und Arbeiterkammer aktiv. Aktuell geht unsere „soziale“ Arbeitswelt scheinbar den Bach runter. Prekäre Arbeitsverhältnisse, Schandlöhne, längere

Arbeitszeiten, kostenlose Mehrstunden sind nur ein paar Beispiele dafür. Hier muss sozialpolitisch gegengesteuert werden.

*Ein Kernthema der KPÖ ist das Wohnen. Jetzt versprechen alle Parteien, das Wohnen leistbarer zu machen. Was sagst du dazu?*

**Luttenberger:** Was haben die etablierten Parteien denn in den letzten Jahren gemacht, um die Mieten zu senken? – Nichts. Im Gegenteil: Mit Wohnbaufördermitteln wurde sogar spekuliert! Die KPÖ hingegen hat mit Elke Kahr

Nationalratswahl 2013



# Arbeiter statt Milliardär



**Kurt Luttenberger,**  
Arbeiterkammerrat des GLB  
Gemeinderat in Graz

**KPÖ**

www.kpoe-steiermark.at

Liste 8

# eine Arbeiterpartei

## IM INTERVIEW

und davor mit Ernest Kaltenecker bewiesen, dass der Wohnbereich bei ihr in guten Händen ist. Wenn man sich die Plakate der SPÖ ansieht, könnte man meinen, es wird alles gut. Ich sage: Liebe SPÖ, nicht nur reden, sondern tun! Als gelernter Österreicher weiß man, dass nach den Wahlen meist alles vergessen wird. Das zeigt sich beim Pflegeregress, auf dem die SPÖ in der Steiermark beharrt.

*In der Steiermark ist das sogenannte „kleine Glückspiel“ ein großes Problem.*

**Luttenberger:** Richtig. In der Steiermark gibt es nicht nur die meisten Automaten, sondern auch die meisten Spielsüchtigen. Zwischen 60.000 und 80.000 Steirer sind selbst oder in ihrer Familie von Spielsucht betroffen. Diese Geschäftsmacherei gehört beendet.

*Immer wieder hört man, eine Stimme für die KPÖ wäre verloren.*

**Luttenberger:** Das ist Unsinn. Wer etwa SPÖ wählt und sich eine sozialere Politik erwartet, hat seine Stimme verloren. Das zeigt das Beispiel Pflegeregress. Wenn jetzt der Kanzler durch die Lande tourt und soziale Gerechtigkeit predigt, kann man sich sicher sein, dass nach der Wahl die Batterie leer sein wird. Die Menschen wissen das und gehen oft gar nicht mehr zur Wahl. Das Beispiel Graz zeigt aber, dass es eine wählbare Alternative gibt.

*Warum sollte man also KPÖ wählen?*

**Luttenberger:** Wo die KPÖ Verantwortung trägt, stimmen Wort und Tat überein. Sie setzt sich ohne Wenn und Aber für diejenigen ein, die sonst keine Lobby haben. Die KPÖ-Mandatare verpflichten sich freiwillig den Großteil ihres Politeinkommens für Menschen in Notlagen herzugeben.

### Der Kandidat

**Kurt Luttenberger**, Spitzenkandidat der KPÖ Steiermark für die Nationalratswahl, ist Gemeinderat in Graz.

Luttenberger ist verheiratet und Vater von drei Kindern. Er ist Vorsitzender des Gewerkschaftlichen LinksBlocks (GLB) Steiermark und Mitglied der AK-Vollversammlung. Er arbeitet als sozialpädagogischer Trainer beim bfi und ist dort Betriebsrat.

*Vergesst nicht, dass diejenigen Menschen euch am besten dienen werden, die ihr aus eurer Mitte wählt, die das gleiche Leben wie ihr führen und die gleichen Leiden tragen wie ihr.*

Alte Volksweisheit

### Wahltag - Zahltag

Es gibt für die Nationalratswahl am 29. September 2013 keinen vorgezogenen Wahltag. Wer da verhindert ist, kann bis 25.9.2013 beim jeweiligen Gemeindeamt eine Wahlkarte beantragen.

### Die Liste 8 – KPÖ

Erstmals gibt es die Möglichkeit, Vorzugsstimmen für die Landes- und Bundesliste zu vergeben. Im Wahlkreis kann der gewünschte Kandidat/in direkt angekreuzt werden.

Für die Landesliste und die Bundesliste kann eine Vorzugsstimme schriftlich eingetragen werden. Für die Bundesliste empfehlen wir die Wahl des beliebten Musikers, Siegfried Maron. Man muss die Vorzugsstimme nur im richtigen Feld – KPÖ, Liste 8 – abgeben. Die Kandidaten können unter [www.nrwahl2013.at](http://www.nrwahl2013.at) nachgesehen werden.

## Kommentar LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

### Die „Reformpartnerschaft“ ist gescheitert



**A**nfang Juli kündigte Landeshaupmann Voves weitere brutale Kürzungspakete an. Die bisherigen Kürzungen haben großen Schaden angerichtet, die Neuverschuldung des Landes aber nicht stoppen können.

Voves gibt in einem Interview zu, dass keiner der angekündigten Erfolge eingetreten ist – im Gegenteil: Statt dem Nulldefizit näher zu kommen, fehlen plötzlich 300 Millionen Euro. Die Politik von SPÖ und ÖVP ist auf ganzer Linie gescheitert. Treffen wird es jene, die schon jetzt kaum noch über die Runden kommen.

Voves und Schützenhöfer nennen diese Politik des sozialen Kahlschlags „Reformpartnerschaft“. Diese Reformpartnerschaft treibt Menschen in die Armut, hungert die ländlichen Regionen aus, vernichtet Kaufkraft. Nun wollen SPÖ und ÖVP

den Wählerinnen und Wählern auch bei der Nationalratswahl dieses Modell als Vorbild für Österreich verkaufen. Zum Glück steht auch die KPÖ auf dem Wahlzettel.

Die Regierung saniert das Budget nicht durch Sparsamkeit, etwa bei der Parteienförderung oder den Polit-Gehältern, das Gegenteil ist der Fall.

Tatsächlich wurde der Gratiskindergarten vor der letzten Wahl eingeführt und danach abgeschafft.

Umgekehrt der Pflegeregress: Abgeschafft vor der Wahl, war er danach schnell wieder eingeführt. Bitte denken Sie daran, wenn die Großparteien in den nächsten Wochen ihre Wahlversprechen abgeben.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler  
Tel. 0316 / 877 5104

[ltk-kpoe@stmk.gv.at](mailto:ltk-kpoe@stmk.gv.at)

### KLEIN, aber MIT BISS



*Mir taugt der Wahlkampf. Da gibt es eine zeitlang keine neuen Belastungen. Aber danach?*

### INHALT

Bankrotteurs-Partnerschaft	4
Wohnen macht arm?	5
Weg mit dem Regress!	6
Letzte Chance	7
Märchen vom Sparzwang	8
Aufstand gegen Gemeindereform	9
Neue Bürgermeistergehälter	10
Aus den Bezirken: Regionalberichterstattung	11-14
Eisenstraße-Apfelsaft	15
Glücksspiel	16
EU-Beamtenprivilegien	18
Peter Rossegger-Jahr	19
EU kommt uns zu teuer	20
Anzeigen, Impressum	22
Tierecke	23



BERICHTE AUS  
DEM LANDTAG  
STEIERMARK



Der Tabubrecher

KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler kritisierte Aussagen von Landeshauptmann Voves in der Kleinen Zeitung vom 5. Juli. Voves kündigte weitere brutale Kürzungspakete sowie „Tabubrüche“ an.

In dem Interview gibt Voves zu, dass statt dem für 2015 angepeilten Nulldefizit plötzlich wieder 300 Millionen Euro fehlen. Die Kürzungspolitik von SPÖ und ÖVP ist auf ganzer Linie gescheitert und der Schaden ist enorm.

„Was meint Voves, wenn er von Tabubrüchen spricht? Die Steuerprivilegien der Glücksspielkonzerne? Oder die dreistelligen Millionenbeträge, die für Events und Spektakel ausgegeben werden? Treffen wird es wieder jene, die schon jetzt kaum noch über die Runden kommen“, so die KPÖ-Abgeordnete. Jedes weitere SPÖ-ÖVP-Budget werde das Problem noch vergrößern.

KLEIN, aber MIT BISS



Ein Tabu brechen ist etwas Grausliches: zum Beispiel Kindesmisshandlung. Seltsam, dass der Landeshauptmann so etwas für seine Landsleute empfiehlt.

# Steiermark als Vorbild? Bankrotteur-Partnerschaft

Voves und Schützenhöfer nennen ihre Kahlschlagpolitik beschönigend steirische Reformpartnerschaft. Tatsächlich ist es eine Partnerschaft der Bankrotteure, die die Belastungen der kapitalistischen Krise auf die Bevölkerung überwälzen. Siehe Pflegeregress. Siehe Privatisierungspolitik in den Gemeinden. Das steirischen SPÖ-ÖVP-„Modell“ die eigenen Leute schlecht zu behandeln, soll bei der Nationalratswahl auf die Bundesebene übertragen werden.



## Der steirische Dachstein und das Himmelsklo

Mit fast 200 Millionen Euro steht das Land Steiermark für die Investitionen der Ski-WM 2013 in Schladming gerade. Wer sich das leisten kann, sollte nicht bei Kleinstverdienern für den Pflegeregress kassieren. (Bild: Planai)

„Reformen“ werden heute von breiten Teilen der Bevölkerung als gefährliche Drohung empfunden. Eine Spitalsreform streicht Betten, Abteilungen und sogar ganze Krankenhäuser, die Bezirksreform schließt Ämter und die Gemeindefeststellereform bringt massive Kürzungen in der kommunalen Infrastruktur und bei sozialen Dienstleistungen der Gemeinden. Bei all diesen Plänen wird über die Bevölkerung ebenso drübergefahren wie bei der Schließung von Schulen. Weitere Pläne, etwa die weitere Streichung von Budgetmitteln für Menschen mit Behinderungen, liegen schon in den Schubladen der Zusperrer von SPÖ und ÖVP.

### Gebührenerhöhungen

Gebühren werden massiv erhöht, zuletzt jene für Musikschulen und die heftig umstrittene Hundesteuer. Der vor der letzten Wahl

eingeführte Gratiskindergarten wurde abgeschafft, zudem wurde in den letzten Jahren ein Sparpaket nach dem anderen geschnürt, was massive Einschnitte etwa bei Behindertenbetreuung, im Sozialbereich oder bei der Kinderbetreuung bedeutet.

Den Menschen wird in die Taschen gegriffen, wo dies nur irgendwie möglich erscheint – siehe etwa beim Pflegeregress – beim Fördern diverser Eventspektakel kennt man aber keine Kostenbremse. Ob Ski-WM, Airpower oder andere Events: wo Stars und Sternchen sich tummeln, da will auch die Landesspitze aus den Medien grinsen dürfen. Bei sich selbst zu sparen, wie dies die Mandatäre der KPÖ seit vielen Jahren vormachen, davon hält „Franz-Hermann“ wenig. IIm Gegenteil: Die Bürgermeister der zwangsfusionierten Gemeinden

dürfen sich auf massive Gehaltserhöhungen freuen. Dass gleichzeitig eine Inflationsanpassung bei den Pensionen, im Sozialbereich oder bei der Wohnbeihilfe seit Jahren ausbleibt, ist ein Markenzeichen dieser „Reformpartnerschaft“.

### Denkzettel

Unterm Strich bringt die Reformpartnerschaft also nur Verschlechterungen. Weniger Service, längere Wegstrecken zu Ämtern, Bauhöfen und anderen Einrichtungen, Ausdünnung der Infrastruktur, fehlende Investitionen in den Wohnbau und vor allem massive Leistungsabbau bei der Grundversorgung der Bevölkerung – Pflege, Gesundheit, Schulen...

Wir sagen: Schluss damit! Wählen Sie bei der Nationalratswahl Liste 8 – KPÖ. Verpassen Sie dieser Bankrotteurepolitik einen Denkzettel!



# Wohnen ist zu teuer!

Die Wohnbeihilfe wurde seit mehr als zehn Jahren nicht mehr der Geldentwertung angepasst. Im Gegenteil: Mieten, Betriebs- und Heizkosten steigen unaufhörlich.

Das Wohnen wird immer teurer, aber die Wohnbeihilfe wurde gekürzt – vor einigen Jahren wurde der Betrag, den man als Betriebskostenpauschale erhält, von 1,56 Euro pro Quadratmeter auf 0,78 Euro halbiert.

Momentan kann eine Person eine Wohnbeihilfe von maximal 143 Euro bekommen, ein Zwei-Personen-Haushalt 174,40 Euro. Weil aber die Wohnbeihilfentabelle seit ewigen Zeiten nicht angepasst wurde, verlieren Wohnbeihilfenbezieher Jahr für Jahr mehr an Wohnbeihilfe als die kargen Pensions- oder Lohnerhöhung ausmachen. Deshalb hat die KPÖ im Landtag

immer wieder eine Erhöhung der Wohnbeihilfe gefordert. Unmittelbar nach den Landtagswahlen, im November 2010, hat sie einen Antrag auf Erhöhung eingebracht. SPÖ, ÖVP und FPÖ haben dagegen gestimmt. Im Dezember letzten Jahres hat die KPÖ anlässlich der Beschlussfassung des Doppelbudgets für 2013 und 2014 die Erhöhung der Wohnbeihilfe gefordert. Diesmal wurde der Antrag mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Ein neuerlicher Antrag wurde Anfang 2013 eingebracht. Die KPÖ wird im Landtag weiter beharrlich für eine Erhöhung der Wohnbeihilfe kämpfen.



Die beste Versicherung gegen teures Wohnen ist der soziale Wohnbau. Dafür setzt sich die KPÖ ein. Leider wurde seitens der Politiker jahrelang mit Wohnbaugeldern (einprozentige Steuer auf Löhne) spekuliert anstatt sie für leistbares Wohnen zu verwenden. Auch die Privatisierung der Bundeswohnungen wirkt sich jetzt durch höhere Wohnkosten aus.

## ZITIERT

„Als Voves und Schützenhöfer 2005 in die Regierung kamen, hatte das Land eine Milliarde Euro Schulden. Jetzt haben wir fünf Milliarden Euro Schulden und 4,5 Milliarden Euro an Haftungen. Darin ist nicht mit einberechnet, dass Wohnbaudarlehen zum halben Wert verkauft wurden, aber auch Immobilien und Krankenhäuser. Die Performance ist katastrophal, sie haben nichts zustande gebracht.“

Otmar Hiebaum, ÖVP-Bürgermeister der Gemeinde Markt Hartmannsdorf im Standard

## MEINUNG

# Wohnbeihilfe endlich erhöhen!

Kommentar von LAbg. Werner Murgg  
Er ist Vorsitzender des  
Kontrollausschusses im Landtag



Das Land Steiermark gewährt Menschen mit geringem Einkommen eine Wohnbeihilfe. Seit mehr als einem Jahrzehnt wurde diese Beihilfe nicht mehr angepasst. Im Gegenteil: vor einigen Jahren haben SPÖ und ÖVP diese für viele Menschen lebensnotwendige Beihilfe sogar gekürzt. Damals wurde der Anteil für die Betriebskosten halbiert. Weil die Beihilfe seit ewigen Zeiten nicht mehr erhöht bzw. die Einkommenstabelle nicht angepasst wurde, fallen immer mehr Haushalte um die Wohnbeihilfe um. Ein Ein-Personen-Haushalt kann derzeit maximal 143 Euro Wohnbeihilfe bekommen. Aber selbst Mindestpensionisten erhalten nur mehr rund 100 Euro. Wer die vollen 143 Euro ausschöpfen will, muss praktisch nahezu mittellos sein – ein Wahnsinn!

Die KPÖ stellt seit Jahren im Landtag immer wieder Anträge für die Erhöhung der Beihilfe

bzw. die Anpassung der Einkommenstabelle an die Inflation. Diese Anträge wurden samt und sonders von SPÖ, ÖVP aber auch von der FPÖ abgeschmettert. Wir haben uns davon aber nicht beirren lassen und Anfang des Jahres neuerlich einen Antrag eingebracht. Dieser wird nun in einem eigens eingerichteten Wohnungsausschuss beraten.

Dabei belastet die gesamte Wohnbeihilfe das Landesbudget jährlich lediglich mit etwas über 30 Millionen Euro. Bei einem Gesamtbudget von ca. fünf Milliarden Euro ein lächerlicher Betrag. Während einkommensschwachen Familien dringend notwendiges Geld vorenthalten wird, werden Mateschitz & Co. mit Millionenzuschüssen bedacht und für ein einmaliges Ereignis wie die Ski-WM hunderte Millionen hinausgeblasen. Verantwortungsvolle Politik schaut anders aus!

## Steirische Musikschulen in Gefahr

Alarmierende Aussagen von SP-Schullandesrat Schickhofer: Aus „Kostengründen“ steht den steirischen Musikschulen ein Kahlschlag bevor. Bis zu 48 Gemeinden sind von den Plänen betroffen. Die Förderverträge untersagen schon

jetzt die Aufnahme neuer Musiklehrer. Eine automatische Verlängerung der Förderverträge ist nicht mehr vorgesehen. Die Musikschulen können also nicht mehr

planen, sondern müssen jedes Jahr zittern, ob sie zugesperrt werden. Die Zusammenarbeit mit anderen Bildungseinrichtungen, etwa Pflichtschulen, wird untersagt. KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „Für die Landesregierung sind die Musikschulen nur mehr ein



Kostenfaktor, bei dem viel Geld eingespart werden kann. Ständig steigende Tarife sind ein falsches Signal, wenn man allen Kindern eine Musikausbildung bieten möchte.“



# Schicksale – Sozial gestaffelt?

Landesrätin Edlinger-Ploder und die Landespolitiker von SPÖ und ÖVP behaupten, der Regress sei „sozial gestaffelt“, nur ein kleiner Beitrag, eher eine „pädagogische Maßnahme“. Diese österreichweit einzigartige unsoziale Regelung stellt für viele Menschen eine unbewältigbare Hürde dar. Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, werden vom Land an den Rand zur Armut getrieben. Wir stellen drei Schicksale aus der Steiermark vor.

## Beispiel 1

**Herr Derler** (*alle Namen von der Red. geändert*) versucht, seiner 90jährigen Mutter das Leben so angenehm wie möglich zu machen. Seit einiger Zeit lebt sie im Pflegeheim. Obwohl sie ihr Leben lang gearbeitet hat, reichen Pflegegeld und Pension nicht, um die Kosten abzudecken.

Also muss Herr Derler für seine Mutter Pflegeregress bezahlen – dies sei eine „pädagogische Maßnahme“, meint die Landesrätin, die über 14.200 Euro im Monat verdient. Doch dabei bleibt es nicht: Weil das Taschengeld der Mutter zu gering ist, kauft Herr Derler monatlich Medikamente um ca. 50 Euro. Auch weitere Heilbehelfe werden vom Sohn finanziert, dazu kommen noch Kosten für Friseur, Fußpflege und Bekleidung. Auch ein neues Gebiss (Kosten: über 1000 Euro) hat er vor kurzem für seine Mutter finanziert.

„Wofür bezahlen wir eine Krankenkasse, wenn wir dann alles selbst finanzieren müssen? Und wofür hat meine Mutter ihr Leben lang gearbeitet und Beiträge geleistet?“, fragt Herr Derler. An Ersparnisse für die eigene Zukunft ist nicht zu denken.

## Beispiel 2

Ähnlich geht es **Herrn Baumann**. Er ist nach über 40 Arbeitsjahren in Pension gegangen und bezahlt Unterhalt an seine geschiedene

Frau. Nun musste seine Mutter ins Pflegeheim.

Plötzlich ist Herr Baumann mit Regressforderungen des Landes konfrontiert. Dass er bereits einen bedeutenden Teil seiner Pension für Unterhaltszahlungen aufwendet, spielt bei der Berechnung keine Rolle – auch Kinder werden nicht berücksichtigt, wenn es um die Festlegung der Regresszahlung geht.

„Ich 40 Jahre lang gearbeitet, um 300 Euro über der Mindestsicherung zu liegen. Würde meine Mutter in einem anderen Bundesland leben, müsste ich keinen Regress bezahlen. Sind wir Bürger 2. Klasse?“, fragt Herr Baumann.

## Beispiel 3

Schwere Schicksalsschläge musste **Herr Prettentaler** hinnehmen. Der Steirer hat sechs Kinder großgezogen, heute ist er 74 und hat selbst gesundheitliche Probleme. Vor Jahren wurde einer seiner Söhne durch eine schwere Krankheit zu einem Pflegefall. Ein anderer Sohn verstarb vor drei Jahren und hinterließ Schulden,

die Herr Prettentaler nun mit 300 Euro pro Monat abzahlen muss.

Nach Wiedereinführung des Regresses erhielt Herr Prettentaler eine Aufforderung des Landes, er müsse für seinen pflegebedürftigen Sohn 210 Euro monatlich Regress bezahlen. Nach Rücksprache mit der Behörde wurde ihm zugesagt seinen Fall zu überprüfen. Dann hörte er monatelang nichts mehr und hoffte schon, dass die Behörde seine finanzielle Notlage anerkannt hätte.

Doch weit gefehlt – im März 2013 erhielt er eine Zahlungsaufforderung inklusive Nachforderungen ab dem 1.1.2012, in Summe beinahe 3500 Euro. „Wo soll ich denn als 74jähriger Pensionist so viel Geld hernehmen“, fragte Herr Prettentaler verzweifelt beim Sozialhilfeverband nach, „meine Familie und ich fürchten uns vor dem nächsten Winter, weil wir uns das Heizen nicht mehr leisten können.“

Jetzt schon ab:  
**€ 1.286,-**  
netto monatlich

# Weg mit dem Regress!

Unterschreiben Sie gegen die Strafsteuer für Angehörige



**KPO**  
www.kpoe-steiermark.at

Nach einer neuerlichen Prüfung wurde der geforderte Betrag um 30 Euro reduziert, es bleiben aber noch immer 180 Euro monatlich, dazu Raten für die Nachzahlung, 50 Euro pro Monat – bei sonstiger Exekution. „Ich habe eine Zahnreparatur nötig, brauche auch eine neue Brille, kann mir aber beides nicht leisten. Alles zusammengerechnet bleiben mit 126 Euro im Monat zum Leben“, fasst Herr Prettentaler zusammen, was der Regress für ihn bedeutet.



Ein sorgenfreier Lebensabend bleibt für viele Steirerinnen und Steirer ein Wunschtraum. Die Pensionen sinken durch mangelnde Inflationsanpassung. Und wer das Pech hat vom Land für die Pflege von Angehörigen abkassiert zu werden kann umso weniger für sich selbst vorsorgen.



LETZTE CHANCE ZUM UNTERSCHREIBEN – ÜBERGABE AM 17. SEPTEMBER!

# Schon 14.000 Unterschriften gegen Regress!

Der Regress ist unzumutbar und ungerecht. Wenn es in einer steirischen Familie zu einem Pflegefall kommt, steht die Existenz von Angehörigen und deren gesamter Lebensertrag auf dem Spiel. Ab einem Einkommen von 1286 Euro wird abkassiert. Andere Unterhaltsverpflichtungen werden ebenso wenig berücksichtigt wie persönliche Notlagen. Sogar auf Abfertigungen wird zurückgegriffen.

Es ist höchste Zeit den unsozialen Regress abzuschaffen meint die KPÖ und hat unter dem Titel „Weg mit dem Regress“ eine Unterschriftensammlung gestartet. Das Echo ist enorm, berichtet KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Viele Menschen empören sich über den Regress. Fast 14.000 Menschen haben die Petition bereits unterschrieben.“

Am Dienstag, den 17. September findet eine Landtagssitzung statt. Die KPÖ wird das Thema Regress mittels einer Dringlichen Anfrage an ÖVP-Landesrätin Edlinger-Ploder auf die Tagesordnung bringen. Die KPÖ-Abgeordneten werden der Landesregierung dabei auch die gesammelten Unterschriften überreichen.

Klimt-Weithaler: „Je mehr Menschen bereit sind, sich gegen diese Ungerechtigkeit auszusprechen, desto größer ist die Chance, dass der Regress auch in der Steiermark abgeschafft wird.“



**Besonders bedanken möchten wir uns bei vielen jenen Unterstützern/innen, die in Eigeninitiative oft hunderte Unterschriften gesammelt haben. Stellvertretend im Bild Hilde Weithaler aus Zeltweg, die die Aktion mit 567 gesammelten Unterschriften unterstützt hat!**



Ein erfreuliches Zeichen setzten die beiden Feldkirchner Erich Gosch und sein Sohn Manuel: Sie sammelten auf eigene Initiative tausende Unterschriften gegen den Pflegegress.

Forderungen der KPÖ zu Pflege und Gesundheitspolitik: Broschüre, kostenlos anzufordern beim KPÖ-Landtagsklub, Tel. (0316) 877-5102, E-Mail: georg.fuchs@stmk.gv.at

**Gesundheit ist keine Ware!**

Gedanken zur Gesundheitspolitik in der Steiermark



**Letzte Chance!**  
die Petition zu unterschreiben!

**Am 17. September** wird die KPÖ in Rahmen der Landtagssitzung die Unterschriften übergeben. Falls Sie noch nicht unterschrieben haben, bitten wir Sie, uns Ihre Unterschrift rechtzeitig zukommen zu lassen. Bitten nutzen Sie untenstehenden Abschnitt!

**WICHTIG: Die Unterschriften müssen spätestens am Montag, 16.9., bei uns einlangen - egal, ob per Post, Fax oder gescannt als E-Mail**

## Petition an den Steiermärkischen Landtag:

Der Landtag wird aufgefordert, die 2011 eingeführte Kostenbeteiligungspflicht (Regress) für Angehörige von pflegebedürftigen Personen und Bezieher/innen von Mindestsicherung abzuschaffen.

Name	Adresse	Geb-Datum	Unterschrift

### Regress: Edlinger-Ploder nennt falsche Zahlen

Beim Pflegeregress arbeitet die Landesregierung mit einer falschen Angabe, um die Öffentlichkeit in die Irre zu führen: 1.500 Euro Nettoeinkommen werden als Einkommensgrenze genannt, ab der Betroffene Regress zahlen müssen. Tatsächlich ist die Grenze weit geringer, da Urlaubs- und Weihnachtsgeld eingerechnet werden. Das Gesamt-Jahreseinkommen wird durch zwölf geteilt, weshalb sich für die meisten Berufstätigen eine monatliche Einkommensgrenze von 1286 Euro ergibt. Damit sind auch deutlich mehr Menschen betroffen.

### Regress finanziert private Profite

In der Steiermark gibt es ein überdurchschnittliches Angebot an privaten, gewinnorientierten Pflegeheimen. Mit öffentlichen Mitteln und mit dem unsozialen Pflegeregress werden private Gewinne subventioniert. Dadurch verteuert sich das Pflegewesen in der Steiermark.

### Land kassiert, lässt aber Millionen liegen

Rund 9 Mio. Euro nimmt das Land mit dem Pflegeregress ein – nur ein Bruchteil der Pflegekosten, jedoch für die Betroffenen oft existenzbedrohend. Gleichzeitig verzichtet das Land Steiermark auf rund 5,7 Mio. Euro aus dem Pflegefonds des Bundes. Grund dafür sind langjährige Versäumnisse bei Modernisierung des Pflegewesens.

### Pflegegeld für Hypo Alpe Adria

Fast 300.000 Euro wurden verschlampt, weil das Land „versehentlich“ Pflegegelder an die Hypo-Alpe-Adria überwiesen hat. KPÖ-LAbg. Murgg: „Es ist ungeheuerlich, wie leicht das Land Geld in den Sand setzt, während der Bevölkerung ein Belastungspaket nach dem anderen zugemutet wird.“

# Das Märchen vom Sparzwang

Tagaus und tagein wird den Österreichern eingeredet, dass das Staatsbudget nur durch weitere, rigorose Sparmaßnahmen gerettet werden kann. Selbstverständlich am Rücken der einfachen Menschen, indem man Sozialausgaben und Pensionen weiter senkt und öffentliche Gebühren und Tarife erhöht. An eine einnahmenseitige Budgetsanierung wird von den sogenannten „Experten“ und den regierenden Parteien kein Gedanke verschwendet. Glaubt man den Experten sind unsere Superreichen arm wie die Kirchenmäuse, so dass bei ihnen nichts zu holen ist.

Wie schaut die Realität aus? Die österreichischen Staatsschulden sind seit 2007 nicht deshalb in die Höhe geschneit, weil Herr und Frau Österreicher über ihre Verhältnisse gelebt haben. Die Schulden sind explodiert, weil Banken und Konzerne mit Steuermitteln durch die seit 2007 grassierende Krise gerettet wurden und immer noch werden. Aktuelles Beispiel ist die Hypo Alpe Adria. Allein das österreichische Bankenrettungspaket und der Beitrag Österreichs für den ESM zur Rettung des Euro haben – ohne

Haftungen – über acht Milliarden Euro verschlungen. Wie wird das Steuergeld aufgebracht? Fast 70 Prozent der Steuereinnahmen kommen aus der Lohn- und Mehrwertsteuer bzw. aus der Mineralölsteuer. Die Einkommenssteuer trägt nur etwas über vier Prozent zum Steueraufkommen bei, die Steuern der Unternehmen lediglich 6,2 Prozent.

### Reichtum und Dividenden explodieren

Während die Lohnsteuerpflichtigen geschöpft werden, schont man die Reichen und die Konzerne, obwohl deren Gewinne und Vermögen explodieren. Einige Zahlen: Die Dividendenausschüttung der im ATX notierten Aktiengesellschaften stiegen von 2002-2010 um 419(!) %, die Gewinne dieser Unternehmen kletterten um 247 % nach oben. In Österreich wird ein Geldvermögen von mehr als 500 Milliarden Euro gehortet. Die Staatsschulden betragen 232 Milliarden Euro. Vermögen und Schulden steigen im Gleichklang. Warum? Weil eine kleine Finanzelite an den Zahlungen der Staatsschulden ohne einen Finger krumm zu machen verdient,

während sich „Otto Normalverbraucher“ täglich kaputt arbeitet und mit seinen Steuern die Zeche für diesen Umverteilungswahnsinn bezahlt. Ein Prozent der Eigentümer von Sparguthaben besitzen rund ein Drittel des gesamten in Österreich angehäuften Geldvermögens. Sie besitzen fast 75 Prozent des Vermögens, soviel, wie die gesamte Staatsschuld ausmacht.

### Zinsmoratorium

Überall wird gekürzt. Bei Löhnen und Gehältern gibt es immer wieder Nulllohnstunden, Pensionserhöhungen werden ausgesetzt und soziale Leistungen eingefroren. Warum gibt es bei den Zinszahlungen an die Finanzelite nicht längst ein Aussetzen der Zahlungen? Die Empfänger könnten es sich locker leisten. Stattdessen schröpfen SPÖ und ÖVP weiter über Massensteuern die Arbeiter, Angestellten und Pensionisten und beschließen zusammen mit den Grünen im Parlament einen EU-Fiskalpakt, der diese falsche ausgabenseitige Sparpolitik weiter festschreibt, statt das Geld endlich dort zu holen, wo es vorhanden ist!



EU-Sparzwang: Jahr für Jahr erleiden Pensionisten Realeinkommensverluste (Seite 21).



Bürgermeister gegen „Gemeindereform“

# Aufstand im Steirerland

Mit 1.1.2015 sollen 254 steirische Gemeinden von der Landkarte ausradiert werden. Dabei geht es vor allem um den Sparzwang.

Gemeinden sind wirtschaftliche und soziale Einheiten. Manche wirtschaften besser und manche wirtschaften schlechter – das alles liegt in der Hand demokratisch gewählter Gemeinderäte.

Unter dem Sparzwang des EU-Konkurrenzregimes will die Landesregierung mit zentralistischen Erlässen fast die Hälfte der Gemeinden einfach zusperrern – mit den entsprechenden Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Lebensqualität unseres Landes.

Kein Wunder, dass nicht nur Aktivbürger auf die Barrikaden steigen, sondern auch die Bürgermeister von über 120 Gemeinden ein klares Zeichen des Protestes gesetzt haben: Sie rufen dazu auf bei der

Nationalratswahl den Zusperrparteien SPÖ und ÖVP keine Stimme zu geben.

„Keine Stimme für SPÖ und ÖVP“. Dass die KPÖ diesen Aufruf unterstützt, wird nicht verwundern. Kritisieren wir doch schon seit langem die Politik der EU-Anpassung der Großparteien.

Dieser Aufruf stammt jedoch von altgedienten steirischen SPÖ- und ÖVP-Bürgermeistern von weit über 100 steirischen Gemeinden. Sie haben jahre- und viele von ihnen jahrzehntelang ehrlich für ihre Parteien, vor allem aber für die Bewohner ihrer Gemeinden hart gearbeitet. Zum Lohn bekommen auch sie von Voves und Schützenhöfer einen Tritt in den Hintern.

Wir empfehlen: Folgen Sie diesem Aufruf! Und denken Sie bei der Wahl ein wenig an die KPÖ.



## Protestzug in Graz

### Kein Sozialabbau nach der Wahl!

#### Freitag, 20.9.2013

Treffpunkt: 15.00 Uhr, Graz - Griesplatz 1 / Ecke Griesgasse (hinter der GVB-Bushaltestelle)

Route: Griesplatz - Griesgasse - Südtiroler Platz - Hauptbrücke - Hauptplatz - Herrengasse

Abschlusskundgebung vor dem Landhaus



Die überparteiliche Plattform 25  
www.plattform25.at  
ruft auf!



# Die Wahrheit über Kleingemeinden 4,6 Millionen Österreicher sind Staatsbürger 4. Klasse!

4,6 Millionen Österreicher wohnen in Gemeinden bis 10.000 Einwohner. Sie alle sind durch den derzeitigen Finanzausgleich (Aufteilung des Bundessteueranteiles auf die Gemeinden) massiv benachteiligt. Wie viel ist der einzelne Staatsbürger in den verschiedenen Gemeinden wert?

## Aufteilung des Bundesanteiles auf die Gemeinden im Jahr 2010:

Staatsbürger	Größen Gemeinden	Anteil an Bundessteuern	Einwohner in den Gemeinden	Anteil je Einwohner
1. Klasse	über 50.000	€ 2.456.380.000	2.651.622 Einw.	€ 926,37 pro Einwohner
2. Klasse	20.001 - 50.000	€ 334.072.000	440.825 Einw.	€ 757,83 pro Einwohner
3. Klasse	10.001 - 20.000	€ 388.009.000	605.671 Einw.	€ 640,62 pro Einwohner
4. Klasse	bis 10.000	€ 2.589.984.000	4.643.206 Einw.	€ 557,80 pro Einwohner



Ländliche Infrastruktur: Haltestelle der Muralbahn

Die 1.-Klasse-Bürger in Gemeinden über 50.000 Einwohner sind € 926,37 pro Jahr wert. Die Gemeinden bis 10.000 Einwohner erhalten nur mehr € 557,80 pro Einwohner und Jahr Anteil an Bundessteuern.

Der Finanzausgleich in der Form stammt aus dem Jahr 1948. Damals ist es darum gegangen, die Kriegsschäden in den größeren Gemeinden zu beseitigen. Heute, 67 Jahre nach Kriegsende, müssten eigentlich die letzten Bombenkrater zugeschüttet sein und dieser Finanzausgleich hat längst ausgedient.

Die Aufgaben der Gemeinden sind überall gleich, ob Groß- oder Kleingemeinde. In jenen Bereichen, wo Großgemeinden Aufgaben der kleinen Gemeinden mit erledigen, lassen sie sich ohnehin fürstlich dafür bezahlen.

## FUSIONSPRÄMIEN UND BÜRGERMEISTER

Um den amtierenden Bürgermeistern die Entscheidung für eine Gemeindefusion „leichter“ zu machen wurden die Bürgermeisterbezüge erhöht und Einkommen für Ortsteilbürgermeister geschaffen. Fragt sich, wo da die „Spargesinnung“ bleibt. Dazu gibt es sogenannte „Fusionsprämien“ zwischen 50.000 und 200.000 Euro. Fragt sich wofür dieses Geld gewidmet ist? Fürs Schweigen? Oder für Fusionskosten (Vertragsänderungen usw.), die bei Nicht-Fusion auch nicht anfallen würden?

### Murau und Stolzalpe: Fusion fraglich



# Steirische Bürgermeisterbezüge: Erhöhung bis zu 54%

Voves & Co haben die Bürgermeisterbezüge kräftig angehoben.

Der Geldsegen für die Gemeindepolitiker soll den Bürgermeistern Gemeindefusionen schmackhaft machen. Bürgermeister fusionierter Gemeinden bekommen ordentlich mehr. Wer sein Amt verliert, für den wird das Amt eines bezahlten Ortsteilbürgermeisters geschaffen. „Gespart“ wird nur bei der Bevölkerung.

Ab 2014 werden die Bezüge der Bürgermeister je nach Gemeindegröße zwischen 11,7 und 53,8% erhöht. Die Inflationsanpassung erfolgt künftig automatisch. Das Bürgermeistergeloh erhöht

## Bürgermeisterbezüge, monatlich, brutto, 14 x

Gemeinde-Einwohner	jetzt, in Euro	ab 2014, in Euro
bis 500	1.495	2.077
501 - 1.000	1.875	2.492
1.001 - 2.000	2.160	3.323
2.001 - 3.000	2.575	3.738
3.001 - 5.000	2.824	4.153
5.001 - 7.000	3.655	4.984
7.001 - 10.000	4.320	5.399
10.001 - 20.000	5.399	
10.001 - 15.000*		6.230
15.001 - 20.000*		7.061
20.001 - 30.000	7.060	7.892
über 30.000*		8.307

\* Diese Gliederungen sind neu und gelten ab 2014

sich um 25% wenn kein Nebenberuf ausübt wird. Neu sind Gehälter für „Ortsteilbürgermeister“.

Die KPÖ fordert eine Unvereinbarkeitsregelung bei Gemein-

**Bezüge anderer Gemeindefunktionäre**  
 Prozentsatz des Bürgermeisterbezugs, monatlich, 14 x im Jahr  
 Vizebürgermeister: je 30%  
 Finanzreferent: .....30%  
 Stadträte: .....je 20 %  
 Ausschussvorsitzende:  
 .....max. 20%  
**NEU:**  
 Ortsteilbürgermeister: 30% des Bürgermeisterbezugs, entsprechend Einwohnerzahl des Ortsteils.

den über 10.000 Einwohner. Viele Bürgermeister beziehen zusätzlich ein zweites Gehalt. Wir meinen: Bürgermeister sein ist eine Vollzeitbeschäftigung.



# „Reformpartner“ abgestraft

Die Trofaiacher KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer: „Mit uns gibt es keine Packelei am Rücken der Bevölkerung“

Die Fusion der Gemeinden Trofaiach, Vordernberg, Gai und Hafning sollte eine Vorreiterrolle bei den Gemeindefusionen spielen. Hier wurde die Zusammenlegung schon im März 2013 vollzogen. Die erste Panne gab es schon bei der Volksabstimmung am 30. September 2012: die Bewohner von Vordernberg erkannten die Nachteile der Fusion und stimmten dagegen. Die KPÖ plakatierte: „Gemeindefusion heißt Sparen am Rücken der Bevölkerung“.

Im April 2013 kam es zur Neuwahl in Trofaiach mit den angeschlossenen Gemeinden Gai und Hafning. Die jahrzehntelange „Ab-

solute“ der SPÖ im Gemeinderat wurde gebrochen. Bei der Gemeinderatswahl in der „Fusionsmutterstadt“ Trofaiach haben die größten Gemeindefusionsbefürworter SPÖ und ÖVP eine deutliche Niederlage erlitten. Die KPÖ, die als einzige Kraft von Anbeginn gegen die Zusammenlegung aufgetreten war, hat das gute Ergebnis von 2010 noch übertroffen und stellt mit fast 22 Prozent mit Gabi Leitenbauer wieder die Zweite Vizebürgermeisterin.

Gabi Leitenbauer: „Eines kann ich versprechen: Mit der KPÖ gibt es keine Packelei am Rücken der Bevölkerung. Für Ausverkauf des Gemeindeeigentums und Gebührenerhöhungen stehen wir nach wie vor nicht zur Verfügung.“

KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg erinnerte daran, dass der Unmut in breiten Kreisen der Bevölkerung gegen die von Voves und Schützenhöfer vom Zaun gebrochene und einem abstrakten Sparzwang gehorchende Gemeindefusion größer ist, als die „Reformzwillinge“ zugeben. Murgg: „Der Erfolg der KPÖ in Trofaiach sollte auch all jenen in der Steiermark Mut machen, die gegen die Zusperr- und Kürzungspolitik im Land Widerstand leisten wollen.“

# KOMMENTAR

## Wohnen: Unglaublicher geht es nicht!

Von Gabi Leitenbauer  
KPÖ-Vizebürgermeisterin  
in Trofaiach



Am 29. September findet die Nationalratswahl statt. Plötzlich entdecken alle Parteien das Thema Wohnen. Ein Thema, welches zu Recht vielen Menschen unter den Nägeln brennt. Die **Wohnkosten explodieren**, erschwingliche Wohnungen werden zusehends zur Mangelware. Wenn nun SPÖ, ÖVP und FPÖ sich dieses Themas annehmen, kann man nur von Scheinheiligkeit sprechen! Sind es doch gerade diese Parteien, deren Politik die Wohnkosten während der letzten Jahre in die Höhe getrieben haben.

Unter der ÖVP-FPÖ-Regierung wurden mit dem **Verkauf der bundeseigenen BUWOG**, der WAG und der Eisenbahnerwohnungen zehntausende gemeinnützige Wohnungen an Banken und Versicherungen übertragen, die damit Geld verdienen wollen, was sich zwangsweise auf die Mieten und den Service für die Mieter nachteilig ausgewirkt hat. Viele Bewohner der BUWOG und WAG können davon ein Lied singen.

Unter SPÖ, FPÖ und ÖVP wurde das **Mietrecht** jahrelang systematisch durchlöchert und die

Stellung des Mieters verschlechtert. In der Steiermark haben ÖVP und SPÖ die Wohnbaumittel ausgeräumt und zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet. Somit fehlen die Mittel zum Bau billiger Wohnungen.

Ein besonderer **Preistreiber** beim Wohnen sind die **Betriebskosten**. Da sind es gerade die Gemeinden, welche die Gebühren bei Wasser, Müllabfuhr und Kanal laufend in die Höhe treiben. Diese Erhöhungen werden in den jeweiligen Gemeinderäten meist in voller Eintracht von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen. Meist ist es einzig und allein die KPÖ, die gegen diese laufenden Gebührenerhöhungen protestiert und dagegen stimmt.

In Trofaiach, aber auch in vielen anderen Gemeinden, hat der Gemeinderat gegen die Stimmen der KPÖ eine jährliche automatische Gebührenanpassung bei Wasser, Müllabfuhr und Kanal beschlossen. Das bedeutet jährlich steigende Betriebskosten! Wer jahrelang so mit den Mietern und den vielen Wohnungssuchenden umgeht, hat bei diesem Thema jegliche Glaubwürdigkeit verloren.



# TATORT Arbeitsplatz

# GLB

## Beratung in Fragen von ARBEIT und BERUF

Termine unter Tel. **0660 / 1426 080**  
E-Mail: [glb@glb-steiermark.at](mailto:glb@glb-steiermark.at) • <http://www.glb-steiermark.at>

GEWERKSCHAFTLICHER **LINKSBLOCK**  
STEIERMARK IM OGB



einfach  
unbestechlich

# KPÖ

## Vor zehn Jahren wurde die WAG verkauft: Eine Bilanz

2014 jährt sich der Verkauf der WAG (Wohnungsanlagen Ges.m.b.H.) zum zehnten Mal. Damals verkaufte die Republik Österreich fast 22.000 bundeseigene Wohnungen in der Steiermark, Ober- und Niederösterreich und Salzburg.

Die WAG ist nun mehrheitlich im Besitz des Raiffeisen-Konzerns und der Wiener Städtischen Versicherung. Die neuen privaten Eigentümer wollen aus dem Wohnungskapital Gewinne schlagen. Das spüren Beschäftigte und Mieter.

Während der Umsatz der WAG seit 2003 deutlich gestiegen ist, nahm die Zahl der Beschäftigten laut Compnet-Firmenbuch um mehr als zehn Prozent ab. Aber auch die Mieter spüren den neuen, privaten Wind. So verkauft die WAG sukzessive Wohnungen an die bisherigen Mieter oder an andere Interessenten. Das führt

zu sogenannten „Mischhäusern“, Wohnobjekte mit Eigentums- und Mietwohnungen. Dadurch kommt es beispielsweise bei notwendigen Sanierungsarbeiten immer wieder zu Komplikationen, da verschiedene Rechtsvorschriften für ein und dasselbe Haus gelten. Parkplätze auf WAG-Grund werden von einer privaten Firma überwacht und Falschparker mit enormen Strafen bedroht. Die Überwachungsfirma muss von den Mietern über ihre Betriebskosten bezahlt werden. Andererseits müssen Mieter oft lange auf dringend notwendige Sanierungsarbeiten warten. Früher, als die Wohnungen noch im Besitz

der Republik waren, hat es derartige Beschwerden kaum gegeben.

### Gehaltsnachweis

Von potentiellen Mietern wird ein Gehaltsnachweis verlangt. Das führt dazu, dass Menschen mit geringem Einkommen kaum mehr zu einer Wohnung kommen. Eine Unsitte, die es früher nicht gegeben hat. Vor allem fiel mit dem Verkauf tausender Woh-

nungen ein regulierender Faktor für die Wohnungsmieten am privaten Wohnungsmarkt weg. Es ist eine Binsenweisheit: Wird der Wohnungsbestand an regulierten Mieten verringert, steigen die Mieten am „freien“ Wohnungsmarkt. Diese falsche Politik hat die damalige ÖVP-FPÖ-Regierung vor zehn Jahren mit dem Verkauf von BUWOG, WAG und Eisenbahnerwohnungen eingeleitet.

### LASSING:

## Strafprozess gegen Bürgermeister

Wegen Verstoßes gegen §264 des Strafgesetzbuches, „Verbreitung falscher Nachrichten bei einer Wahl“ kam es zu einem Strafprozess gegen den Lassinger Bürgermeister, bei dem dieser allerdings freigesprochen wurde.

Bei der Gemeinderatswahl 2010 trat im Lassing die Liste der KPÖ mit dem Spitzenkandidaten Arnold Dreher an. Knapp vor der Wahl veröffentlichte der Bürgermeister im Lassinger Amtsblatt die falsche Behauptung, der KPÖ-Kandidat hätte im Jahr 1995 zuvor „viel zu viel Geld“ für ein Grundstück von der Gemeinde erhalten. Es folgte ein Strafprozess vor dem Bezirksgericht Liezen wegen Verstoßes des Bürgermeisters gegen §264 des Strafgesetzbuches „Verbreitung falscher Nachrichten bei einer Wahl“.

Die Staatsanwaltschaft Leoben war der Meinung, die falsche Behauptung wäre geeignet gewesen die Wahl zu verhindern, da die

KPÖ als Antikorruptionspartei bekannt sei. In mehreren Verhandlung kam es aber zu einem Freispruch des Lassinger Bürgermeisters. Dieser hatte ein Gutachten über die Richtigkeit seiner Behauptung beigebracht: Bezahlt hat er dieses Gutachten allerdings nicht selbst, sondern die Gemeindekasse kam dafür auf.

Arnold Dreher gibt nicht auf. Er kämpft weiter für Gerechtigkeit und versucht falsche Behauptungen gegen ihn zu widerlegen.

Interessant ist die Verwendung der „politischen“ Paragraphen des Strafgesetzbuches: So könnte man überprüfen ob die „Reformpartnerschaft“ nicht den Tatbestand § 275 StGB, Landzwang, erfüllt.



SERVICE der KPÖ: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!  
INFO TEL. 0316 / 875 5101

[www.mindestsicherungsrechner.at](http://www.mindestsicherungsrechner.at)

**KPÖ**

**zuhören. helfen.**

Claudia Klimt-Weithaler





## Landtag: Nein zu Zwangsfusionen und höheren Bezügen!

### Abänderungsantrag der KPÖ zur Erhöhung von Polit-Gehältern

In der Landtagssitzung am 2. Juli ging KPÖ-LAbg. Werner Murgg auf die Zwangsfusionen von Gemeinden ein. Die Gemeindeinitiative von über 100 steirischen Gemeinden erzwingt eine Behandlung ihrer Anliegen im Landesparlament.

Murgg zitierte aus einem Kommentar des ehemaligen Salzburger Landeshauptmannes Schausberger, in dem dieser eindrucksvoll darstellt, wie unter dem Vorwand vermeintlicher ökonomischer Notwendigkeiten Demokratieabbau betrieben wird. „*Worum geht es bei dieser Gegenreform wirklich? Um den Abbau von Mitbestimmung der Bevölkerung, um die Schließung von Schulen, Kindergärten und Freizeiteinrichtungen. Und das alles soll mit einem finanziellen Anreiz für die Bürgermeister versüßt werden*“, so Murgg.

Die Erhöhung der Bezüge der Gemeindefunktionäre lehnt die KPÖ ab. In einem Abänderungsantrag bringt die KPÖ mehrere Vorschläge ein:

- Keine Erhöhung der Bezüge in Gemeinden über 5.000 EW.

- Eine maßvolle Erhöhung der Bezüge in Gemeinden bis 5.000 EW.
- Eine Unvereinbarkeitsregelung (Berufsverbot) in Gemeinden über 10.000 EW – Gemeinden dieser Größe können nicht mehr als „Nebenjob“ regiert werden.
- Keine jährlichen Gehaltsanpassungen der Politikerbezüge ohne Landtagsbeschluss

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Ein Berufsverbot für Bürgermeister von großen Gemeinden ist dringend geboten und verhindert auch die Kumulierung von bezahlten Ämtern. Da die Bürgermeister auch in kleinen Gemeinden für das Budget haften, ist eine Erhöhung vertretbar. In Gemeinden mit über 5.000 Einwohnern sind die Bezüge aber auch derzeit ausreichend, eine Erhöhung unverständlich.“

Besonders skandalös ist die Verdoppelung der Gagen der Klubobleute im Grazer Gemeinderat, gegen die sich die KPÖ auch in Graz vehement ausgesprochen hat. Deren Bezüge wurden ab 1. Juli verdoppelt.

## Herbstfest der KPÖ Voitsberg

**Samstag  
9.11.2013,  
ab 15 Uhr**



Im KPÖ-Bezirksheim, C. v. Hötzendorfstraße 29, Voitsberg

**Maroni, Musik,  
gemütliches Beinandersein**

Bücherflohmarkt

Eintritt frei

# GLB

## MEINUNG

Von Hilde Tragler,  
Betriebsrätin (MAGNA)  
und Kandidatin der  
steirischen KPÖ bei der  
Nationalratswahl: Spitzenkandidatin  
im Wahlkreis Steiermark West.  
Ein Vorzugsstimme auf der  
Landesliste (2) ist möglich!



## Beruf und Familie

Laufend gibt es Forderungen aus Industrie und Wirtschaft nach mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten. Erst vor kurzem brachte unser Wirtschaftsminister Mitterlehner dabei den 12-Stunden-Arbeitstag ins Gespräch.

Was das in der Praxis heißt, möchte ich am Beispiel einer Fabrikarbeiterin zeigen, die – glücklicherweise – einen Job bei Magna Steyr in Thondorf im Schichtbetrieb in der Mini-Countryman-Produktion hat und nach den jüngsten Produktionsausweitungen bereits jetzt rund 10 Stunden täglich arbeitet, was konkret bedeutet: 1. Schicht von fünf Uhr früh bis 14.30 Uhr, 2. Schicht von 14.30 bis 0.30 Uhr.

Zwischendurch muss sich die Kollegin auch noch regenerieren, um überhaupt

qualitativ hochwertige Arbeit leisten zu können. Da kann sich jeder selbst ausrechnen, wie viel Zeit da für die Familie bleibt und wie „super“ sich diese Bedingungen mit Kinderbetreuung vereinbaren lassen. Gemeinsame Zeit mit der ganzen Familie geht sich nicht mehr aus.

Es sollte uns bewusst sein, dass politische Aussagen wie jene zu längeren und flexiblen Arbeitszeiten uns suggerieren, dass die Ware Arbeitskraft immer zu teuer ist.

Gleichzeitig leistet sich Österreich die höchsten Arbeitslosenzahlen seit 60 Jahren – besonders unter den Jugendlichen.

**meint Ihre  
Hilde Tragler  
Betriebsrätin Magna**

## Bürozeiten der KPÖ Voitsberg:

### Sozialsprechstunde

Sozialsprechstunde mit  
KPÖ LAbg. Claudia Klimt-  
Weithaler und Karin Gruber:

**nächster Termin  
Dienstag 22.10.2013,  
10-13 Uhr**

Anmeldung bitte  
telefonisch:  
0316/877 5104



Bezirkssekretär Christian Masser,  
jeden Mittwoch von 9.30-12 Uhr  
im Büro der KPÖ Voitsberg,  
C.v. Hötzendorfstraße 29,  
zwischen Spar und LKH



# Formel-1-Zirkus

Die Wiederkehr des Tanzes ums Goldene Kalb



New York, Moskau, Valencia, Istanbul, New Delhi: Sie alle können sich einen Formel 1 Grand Prix nicht leisten.

Das obersteirische Städtchen Spielberg soll die Formel 1 bald haben. Dank des omnipotenten Mäzens und Alpen-Berlusconi Dietrich Mateschitz.

Dieser hat sich – als ihm Hirschmann und Klanisc 2003 die Rennstrecke aufdrängen wollten – standhaft geweigert mehr als einen „Spielplatz“ als Ersatz für die geschleifte Rennstrecke zu schaffen. Trotz der Selbstverpflichtung eine gleichwertige Rennstrecke wiederzuerrichten geriet die Boxenstraße zu kurz, die Schutthalde der niedergerissenen Zuschauertribüne wurden begrünt, bestuhlt und als neue Zuschauertribüne vermarktet. Die gesamte Infrastruktur ist für den Formel-1-Zirkus zu klein geraten, weil nach Red-Bull-Selbsteinschätzung nicht von einer Wiederkehr des Tanzes ums Goldene Kalb (das ist übrigens KEINE Metapher, so schaut´s in Spielberg wirklich aus) ausgegangen wurde.

In den letzten Jahren ist Red Bull – nicht zuletzt durch die Formel 1 Rennställe – zu einem großindustriellen Unterhaltungsunternehmen im „Servus-Raum“ aufgestiegen. Fernsehsender, Illustrierte, das Eigentum am Großteil

der Gastronomie in der Ring-Region gehören zum Imperium.

Die kapitalistische Krise ist an der Formel 1 nicht spurlos vorübergegangen, auch wenn sie eine der letzten legalen Steueroasen ist. Schwer bedrängt aber von Deutschland, das Formel-1-Chef Ecclestone wegen undurchsichtiger Geldflüsse vor Gericht zitiert. Vor allem in Europa scheitern immer mehr Rennstrecken an der Aufbringung der gigantischen Antrittsgelder des F1-Zirkusses.

Wenn es so ist, dass Red Bull den Österreicher gemäß eigenen Versprechungen auf eigene Kosten Formel 1 tauglich macht, günstige Konditionen beim Antrittsgeld bekommt, dies womöglich mit Preisgeldern gegenverrechnen kann – wer sollte das Unternehmen daran hindern?

Wenn man aber Umwelt- und Veranstaltungsaufgaben als Sündenbock für ein eventuelles Scheitern aufbaut, ist zu befürchten, dass wieder einmal – das Land Steiermark zahlt bereits eine Basisförderung für das Projekt Spielberg von zwei Millionen Euro im Jahr – Land und Bund für Erfüllung der Auflagen und womöglich das Antrittsgeld geradestehen sollen. Solche Ausgaben zu erklären tun sich die Einsparungspolitiker aber schwer und speziell in diesem Punkt wird die steirische KPÖ auf Ausgewogenheit achten.

## Spitalsnotstand in der Steiermark

### „Reformpartner“ haben Gesundheitssystem krank gemacht

Seit Jahren ist bekannt, dass die Wartezeiten auch auf lebenswichtige Operationen in der Steiermark sehr lang sind. Der Mangel an Betten, Personal und Ressourcen nimmt dramatische Formen an, wie auch ein nun bekannt gewordener Bericht der Uniklinik Graz aufzeigt. Trotz des herrschenden Spitalsnotstandes hält Landesrätin Edlinger-Ploder an ihrem Kahlschlag fest, alleine in Graz sollen noch 450 Betten beseitigt werden.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Es ist nicht verwunderlich, dass Krankenhäuser in den Regionen mehr Patienten nach Graz schicken. Es wurden ja bereits überall Abteilungen und ganze Krankenhäuser geschlossen. Die selbst ernannten Reformpartner von SPÖ

und ÖVP haben das Gesundheitssystem krank gemacht.“

Auch in anderen steirischen Spitälern klagen Patienten und Beschäftigte über unwürdige Bedingungen. So wird aus steirischen Spitälern auch über einen Mangel an Arbeitskleidung und Trinkgläsern berichtet, während die Räume während einer Hitzewelle viel zu hohe Temperaturen erreichen.

Murgg: „Es wird auch zu klären sein, wie viele Überprüfungen es bezüglich der Überschreitungen der Arbeitszeit gegeben hat, welches Risiko dadurch entsteht und wie hoch die Strafzahlungen sind. Krankenhäuser, in denen das Personal permanent überlastet ist, stellt nicht nur für Patientinnen und Patienten ein Risiko dar, sondern auch für das Land.“



Zahlreichen Proteste, Aktionen und Unterschriftensammlungen verhinderten die Übernahme des LKH-West.

### Abschaffung der befristeten Invaliditätspension!

Mit 1.1.2014 wird auf einen Schlag die befristete Invaliditätspension abgeschafft. Damit werden 70% der als Invalide erkannten Menschen einer neuen, schlechteren Regelung unterworfen:

Statt einer gründlichen Untersuchung gibt es nur noch Huschpusch-Diagnosen. Wer bisher eine

befristete Invaliditätspension hatte muss sich einer Zwangsrehab von max. 6 Monaten oder einer AMS-Umschulung unterziehen, ohne Recht auf freie Arztwahl oder freie Wahl der Behandlungsmöglichkeiten bzw. Umschulung. Wir sagen Nein zur Vernichtung der Existenzgrundlage kranker Menschen!



# Eisenstraßen-Apfelsaft

VON DER EISENSTRASSE KOMMT NICHT NUR ERZ UND EISEN



## Streuobst

Bäuerliche Streuobstwiesen und größere private Hausgärten wurden in der Region Eisenstraße zwischen 1880 und Mitte der 1950er Jahre in großer Zahl ausgepflanzt, um die Selbstversorgung mit Obst und Obstverarbeitungsprodukten zu gewährleisten. Heute ist nur noch etwa ein Drittel der Bestände von vor 50 Jahren übrig. Trotz dieser Entwicklung sind Streuobstwiesen als ökologische Rückzugsgebiete wichtig. Es wurden mehr als 130 Apfelsorten in der Region nachgewiesen, einige davon sogar Erstnachweise von verschollen geglaubten Sorten. Diese werden nur weiterbestehen können, wenn sie genutzt und gepflegt werden.

### Ziele des Projektes:

- Herstellung eines „Eisenstraßen-Apfelsaftes“ auf Basis alter regionstypischer Obstsorten
- Verbesserung der Nutzung der Obstbestände und dadurch Schutz und Aufwertung der Wiesen und Gärten
- Hilfe bei der Ernte
- Beratung zu Pflanzung und Baumschnitt

Mindestens 130 Apfelsorten gibt es in der Region Steirische Eisenstraße, von denen die Wenigsten wissen. Dies soll sich ändern.

**N**un werden vorhandene Bestände reaktiviert, eine überbetriebliche Organisation der Obsternte, der Verarbeitung und der Vermarktung aktiviert und somit ökologisch wertvolle Flächen erhalten. Darüber hinaus haben sich die Initiatoren zum Ziel gesetzt die Selbstversorgung zu stärken.

### Alte Obstgärten und eine neue Initiative.

Der Verein „Genussreich rund um Reiting und Eisenstraße“ nimmt sich der Obsternte an. Dafür hat man eine Expertin bei der Hand: Katharina Dianat aus Trofaiach, Sprecherin der Arge Streuobst und Projektbetreuerin für Obstbau.

Aus einem zufälligen Treffen entwickelte sich ein Projekt: Der „Eisenstraßen-Apfelsaft“. Das Vorhaben verfolgt mehrere Ziele. „Wir wollen die Nutzung der Obstbestände im Bezirk verbessern. Dadurch kommt es auch zum Schutz

und zur Aufwertung von Wiesen und Gärten. Bei Bedarf bieten wir Hilfe bei der Ernte an und machen den Eisenstraßen-Apfelsaft, der aus alten regionstypischen Obstsorten hergestellt wird“, erklärt Dianat. Typische alte Sorten sind: Rheinischer Bohnapfel, Kronprinz Rudolf, Maschanzker, Jonathan, Gravensteiner oder Rheinischer Krummstiel.

„Wir suchen Leute mit landwirtschaftlichen Betrieben, aber auch mit größeren Hausgärten, die ihr Obst nicht oder nur wenig genützt haben und die das ändern möchten“, meint Dianat. Den Interessenten

**Steirische Eisenstraße**

**Kauf und Information:**  
Kulinarik Initiative  
Steirische Eisenstraße  
Freiheitsplatz 1,  
8790 Eisenerz  
[www.genussreich.at](http://www.genussreich.at)  
Tel. 0676 83555455

**Genussreich**  
**Apfelsaft**  
rund um Reiting und Eisenstraße  
100% Saft  
von Streuobstgärten aus der Region

Tu was, dann tut sich was.

genussreich rund um reiting

EUROPEAN UNION SFG ÖKOLOGISCH

des Projekts wird Hilfe angeboten. Entweder können Leute ihr selbst geerntetes Obst in Eisenstraßen-Apfelsaft umtauschen, in Flaschen abgefüllt und etikettiert. Oder die Obsternte wird vom Genussreich übernommen und nach Absprache abgerechnet.

## Ernte

„Nächstes Jahr rechnen wir mit einem Birnenjahr. Vielleicht machen wir dann auch Mischsäfte. Angedacht ist auch die Produktion von Cidre“, erklärt Dianat. Dianat bietet im Rahmen des Projekts auch Beratung zum Thema Streuobstgarten und Baumschnitt an.





# Geschäft mit der Spielsucht: Die Steiermark muss aussteigen!

Unlängst wurden im Burgenland (SPÖ-regiert) Glückspiellizenzen vergeben. Nicht zu kurz kommt dabei die Novomatic AG, die das als „Kleines Glücksspiel“ verharmloste Milliardengeschäft mit der Spielsucht in Österreich immer stärker dominiert.

allen Bundesländern die meisten Spielautomaten und die größte Zahl an Spielsüchtigen auf. Zwischen 60.000 und 80.000 Steirerinnen und Steirer sind selbst oder in ihrer Familie von Spielsucht betroffen. KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler befürchtet eine weitere Steigerung dieser erschreckenden Zahl, da an den Automaten nach dem neuen Glücksspielgesetz bis zu 20 Mal (!) höhere Einsätze legal sind.

In der Steiermark wurden bisher keine neuen Lizenzen vergeben. Die Gefahr, dass auch hierzulande Menschen verstärkt den Verlockungen des Glücksspiels ausgesetzt werden wächst jedoch.

Die Steiermark weist unter

Klimt-Weithaler: „Wien hat gezeigt, dass auch einzelne Länder aus dem Kleinen Glücksspiel aussteigen können. Das Land darf die Spielsucht nicht fördern, nur weil es für die Anbieter ein gutes Geschäft darstellt.“



Die KPÖ fordert seit Jahren den Ausstieg aus dem „Kleinen Glücksspiel“ und vertritt diese Position im Landtag mit Nachdruck. Die Steirerinnen und Steirer leiden schon ohne Glücksspiel unter einer hohen Schuldenbelastung.



## Wahlversprechen 2010: Pleiten und Pannen

Die steirischen Nationalratsabgeordneten von SPÖ und ÖVP haben die Wählertäuschung bzw. die falschen Versprechungen bei der Landtagswahl 2010 stillschweigend hingenommen. Wir bitten Sie, die Glaubwürdigkeit dieser Leute am kommenden Wahlsonntag, aber auch bei der Landtagswahl 2015 zu überdenken.

Hier eine kleine Liste – ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

<b>Gratiskindergarten:</b>	Vor der Landtagswahl 2010 eingeführt – nach der Landtagswahl abgeschafft
<b>Pflegeregress:</b>	Vor der Landtagswahl abgeschafft – nach der Landtagswahl wieder eingeführt
<b>Sozialhilfe</b>	Verschlechterung bei Mindestsicherung
<b>Betreuung</b>	Kürzungen bei Menschen mit Behinderungen
<b>Parteienprivilegien</b>	Parteienförderung: Auf Landesebene minimal gesenkt, im Bund stark erhöht. Massive Erhöhung der Bürgermiestergelälter und der Klubobleute im Grazer Gemeinderat.

### Pannen der steirischen „Reformpartner“ seit 2010:

Übernahme des LKH-West durch die Barmherzigen Brüder	glücklicherweise gescheitert
Jugendschutzgesetz	gescheitert
Veranstaltungsgesetz	neu zu adaptieren
Hundeabgabegesetz	neu zu adaptieren
Landessanitätsgesetz	nur teilweise umgesetzt
Ärzte Hausapotheken	nur bis 2017
Gemeindestrukturreform	kein „drüber fahren“ versprochen, jetzt drohen Zwangsfusionen.
Bettelverbot	Vom Verfassungsgerichtshof in der Luft zerrissen



## Eintritt in Mietrechte

Immer wieder gibt es Fragen von Mietern, die ihre Wohnung den Kindern, Enkeln oder dem Lebensgefährten „überschreiben“ möchten. Je nachdem, ob diese „Überschreibung“ noch zu Lebzeiten des Mieters oder erst nach seinem Tod erfolgen soll, spricht man von der „Abtretung des Mietrechts“ bzw. vom „Eintritt in den Mietvertrag“.

**1.** Zu Lebzeiten darf der Hauptmieter seine Wohnung nur seinem Ehegatten (beachte: NICHT dem Lebensgefährten), Verwandten in gerader Linie einschließlich Wahlkinder oder Geschwister abtreten, wenn diese – außer Geschwister – mindestens die letzten zwei, Geschwister die letzten fünf Jahre – mit dem Hauptmieter im gemeinsamen Haushalt gelebt haben. Diese Zeiten dürfen auch unterschritten werden, wenn der Angehörige die Wohnung mit

dem Hauptmieter gleichzeitig bezogen hat, bei Kindern und Gatten auch, wenn sie seit der Geburt bzw. Heirat in der Wohnung gelebt haben. Bloßes An-der-Adresse-gemeldet-sein genügt nicht!

**2.** Nach dem Tod des Hauptmieters treten die eintrittsberechtigten Personen (automatisch) in den Mietvertrag ein, wenn sie nicht binnen 14 Tagen nach dem Tod des Hauptmieters dem Vermieter mitteilen, dass sie nicht eintreten wollen. Eintrittsberechtigte Personen sind alle im ersten Punkt genannten Personen UND der Lebensgefährte, sofern sie schon bisher mit dem Verstorbenen im gemeinsamen Haushalt gelebt haben und ein dringendes Wohnbedürfnis besteht. **Als Lebensgefährte gilt**, wer mit dem bisherigen Mieter bis zu dessen Tod mindestens drei Jahre in einer in wirtschaftlicher Hinsicht gleich einer Ehe eingerichteten Haushaltsgemeinschaft gelebt hat.



## KPÖ-Protest gegen nächste Welle von Schulschließungen

Nach der Wahl will LR Schickhofer „Schwarze Liste“ vorlegen

Schullandesrat Schickhofer (SPÖ) kündigte an, am 1. Oktober eine Liste von steirischen Schulen vorzulegen, die er zu Ende des Schuljahres 2013/14 schließen will. Bis zu 26 Schulen werden betroffen sein. Darüber informierte KPÖ-LAbg. Werner Murgg. Dabei

legte die Landesregierung kein Konzept vor, in dem der Vorteil der Schulschließungen erklärt werden konnte. Es wird der Eindruck erweckt, als ginge es dabei nicht um Einsparungen, sondern um eine Verbesserung der Qualität.

KPÖ-LAbg. Murgg: „Die Schulschließungen haben dieselbe Zielsetzung wie die so genannte Gemeindereform. Es geht um radikale Einsparungen im Bereich der Infrastruktur. Die Menschen haben längere Wege, z.B. in die Schule, zum Kindergarten, zum Gemeindeamt, zur nächsten Post. So geht die Lebensqualität im ländlichen Raum verloren.“



## Denkmal für Richard Zach

26. Oktober, 10.00 Uhr, St. Radegund bei Graz

## Enthüllung und Gedenkfeier

Seit 1977 ist das Kinderland Ferienheim in St. Radegund nach dem Grazer Dichter, Lehrer und Widerstandskämpfer Richard Zach benannt.

Am 26. Oktober 2013 wird der Künstler Rudolf Hirt am Gelände der Kindervilla Richard Zach im Rahmen einer Feier die von ihm geschaffene Skulptur enthüllen.

Kinderland Steiermark und die KPÖ laden alle Interessierten zu dieser Veranstaltung ein.



Info: [www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)  
[www.kinderland-steiermark.at](http://www.kinderland-steiermark.at)  
Tel. 0316 / 71 24 79



## „Tag des Auges“



Die Integration von sehbehinderten Menschen in den Arbeitsmarkt war das Thema einer Podiumsdiskussion am 6. Juni 2013 im Grazer Odilien-Institut. Die Fotoausstellung „anders sehen“ wurde ebenfalls mit dieser Veranstaltung am Tag des Auges eröffnet, an der die KPÖ-Gemeinderätinnen Christine Braunersreuther und Martina Thomüller sowie die KPÖ-Klubofrau LAbg. Claudia Klimt-Weithaler auf Einladung des Geschäftsführers Herr Direktor Mag. Peter Haberer teilnahmen. Klimt-Weithaler wies in ihrem Statement darauf hin, dass gerade die Arbeitsassistenten eine wichtige und sinnvolle Maßnahme ist, die das Leben von Menschen mit Sehbehinderung um vieles erleichtert und ihnen den Eintritt in die Arbeitswelt ermöglicht. „Budgetkürzungen in diesem Bereich führen dazu, dass ihnen die Möglichkeit genommen wird, sich am Arbeitsmarkt zu integrieren und unabhängig leben zu können! Das ist absolut nicht in Ordnung, denn sehbehinderte Menschen können alles, außer sehen!“

## Bespitzelung beenden – auch durch die EU

Weite Kreise zieht die Affäre um die Verfolgung des Aufdeckers des weltumspannenden US-Spitzelsystems, Edward Snowden. Nachdem Boliviens Präsident Evo Morales offenbar auf Druck der USA 13 Stunden in Wien festgehalten wurde, stand auch Österreich im Zentrum der Aufmerksamkeit.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler kritisierte den aggressiven Akt gegen Morales. „Die USA benehmen sich wie die Herren der Welt, bespitzeln Freunde und Feinde gleichermaßen und treten weltweit Menschenrechte mit Füßen. Die Republik Österreich

sollte Snowden Asyl anbieten und die Provokationen der USA zurückzuweisen.“ Allerdings darf man nicht vergessen, dass auch in EU-Staaten exzessive Bespitzelung stattfindet. Nicht zuletzt ist die eigene Bevölkerung das Ziel der Überwachung, etwa der Vorratsdatenspeicherung.



## Das ist die EU: Riesenprivilegien mit System

# EU: Paradies für Beamte

Es ist schon lange her: In Zeiten der absoluten Monarchie lebte die Masse der Bevölkerung in Armut, sie war rechtlos, der Willkür der Obrigkeit ausgeliefert und musste einen Großteil ihres Einkommens als Steuern an den König und an den Adel abliefern.

Die Obrigkeit zahlte selbst keine Steuern, hatte ihre eigenen Gesetze und lebte in Saus und Braus. Auch die Beamtenschaft profitierte davon. Das war die Belohnung, dafür, dass sie die unteren Stände auspressten. Diese Zustände wurden ab 1789 durch die bürgerliche Revolution hinweggefegt.

Im Jahr 2013 setzt die Beamtenschaft in der EU-Zentrale in den Mitgliedsländern mit brutalen Mitteln Sozialabbau, Privatisierungen und immer neue Belastungen der Bevölkerung durch. Steuern werden angehoben, Löhne und Gehälter werden gesenkt.

Die EU-Beamten sind von diesen Belastungen ausgenommen. Ihre Steuerlast beträgt durchschnittlich 12 Prozent! Ihre Gehälter sind deutlich höher als für vergleichbare Positionen in den Mitgliedsländern. Ihr Urlaubsanspruch beträgt im Extremfall 17 Wochen oder 88 Urlaubstage.

Auch die Pensionsregelungen können sich sehen lassen: Berechnungsbasis ist das letzte (höchste)

Gehaltsjahr als Berechnungsbasis. In Österreich wird ab 2014 das gesamte Erwerbsleben dafür herangezogen. Ein Pensionsanspruch besteht ab 55 Jahren.

Die EU lässt einiges dafür springen. Die Verwaltungskosten der EU summieren sich auf 9 Milliarden

Euro, davon entfallen 60 Prozent – etwa 5,6 Milliarden Euro – auf Personalkosten.

Warum ist das so? Wer gegen die Bevölkerung regieren will, muss seine Beamten mit Privilegien ausstatten. So ist es wahrscheinlicher, dass sie sich nicht mit den



Auf dem Weg zum Superstaat leistet sich die EU eine Beamtenschaft, die durch Privilegien korrumpiert wird.



Klagen der Arbeitslosen und der Opfer von verschiedenen Troikas solidarisieren. Alle Spitzenbeamten, die zur Zeit in Portugal, Spanien, Griechenland, Irland oder Zypern drastische Kürzungen durchsetzen, können sicher sein, dass ihre eigene Zukunft rosig aussieht.

Auch in diesem Aspekt ähnelt die EU immer stärker einer absoluten Monarchie uralten Zuschnitts und immer weniger einem Friedensprojekt der Menschen auf unserem Kontinent.



## ZVP Zentralverband der Pensionisten

### SPRECHSTUNDEN

MO. bis FR. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@gmx.at

☎ **0316/71 24 80** Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei: ● Anträgen auf **Pflegegeld** ● Antrag auf „einmalige Unterstützung“ ● **Pensionsanträgen** wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung ● anderen Problemen

**Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag im Volkshaus-Karl Drews Klub, Lagergasse 98a**



## EINIGE SPUREN VON PETER ROSEGGER

# Vom Alpl bis nach Hörgas

Das Land Steiermark hat 2013 zum Peter-Rosegger-Jahr ausgerufen. Der Waldbauernbub wurde am 31. Juli 1843 in Alpl geboren, am 26. Juni 1918 ist er in Krieglach verstorben. Er hat Spuren hinterlassen. Auch in Graz.

Stadtviertel, ganz zu schweigen von der sogenannten Untersteiermark und der hart umkämpften Sprachgrenze. Rosegger unterstützte den Bau von deutschsprachigen Schulen im gemischtsprachigen Gebiet und wurde so zur Partei in einer folgenreichen Auseinandersetzung.

## Deutschmacher

1943 wollte Uiberreuther die besetzte Untersteiermark „deutsch“ machen. Die grausame Unterdrückung, Vertreibung und Auslöschung der Untersteierer sollte durch einen Roseggerkult ideologisch untermauert werden. Der Dichter selbst war damals schon seit einem Vierteljahrhundert tot. Er konnte sich nicht mehr wehren.

Dass in seinen Werken andere Werte stecken als „Blut und Boden“ haben im 20. Jahrhundert nicht zuletzt auch Musikgruppen wie Musyl und Joseppa und auch STS erkannt, die einige Gedichte von Peter Rosegger vertont haben.

## Mäzen und Stifter

Und er hat als Mäzen den „Reformpartnern“ in der Steiermark einen Knochen hinterlassen, der ihnen noch im Halse steckenbleiben kann: Die Stiftungsurkunde der Lungenheilanstalt Hörgas. Denn Peter Rosegger war gemeinsam mit anderen Stifter und langjähriger Förderer der seinerzeitigen Tuberkuloseanstalt Hörgas-Enzenbach, die mittlerweile ein Landeskrankenhaus ist und vom Land verkauft werden soll.

Dabei stehen in der Stiftungsurkunde klare Worte: „*Im Falle der Auflösung des Vereins gehen die Heilanstalten samt dem vorhandenen Vermögen in das Eigentum des Landes Steiermark über, müssen jedoch ihrem ursprünglichen oder, wenn dies nicht mehr möglich sein sollte, einem anderen Zwecke der öffentlichen Gesundheitspflege erhalten bleiben*“.



Der steirische Dichter Peter Rosegger (1843 - 1918)

Das Land will aber Hörgas verkaufen. Das steht im Widerspruch zum Auftrag der Stiftungsurkunde.

So könnte es sein, dass Peter Rosegger 95 Jahre nach seinem Ableben noch einmal – und diesmal eindeutig positiv – in die steirische Landespolitik eingreift.

*Franz Stephan Parteder*

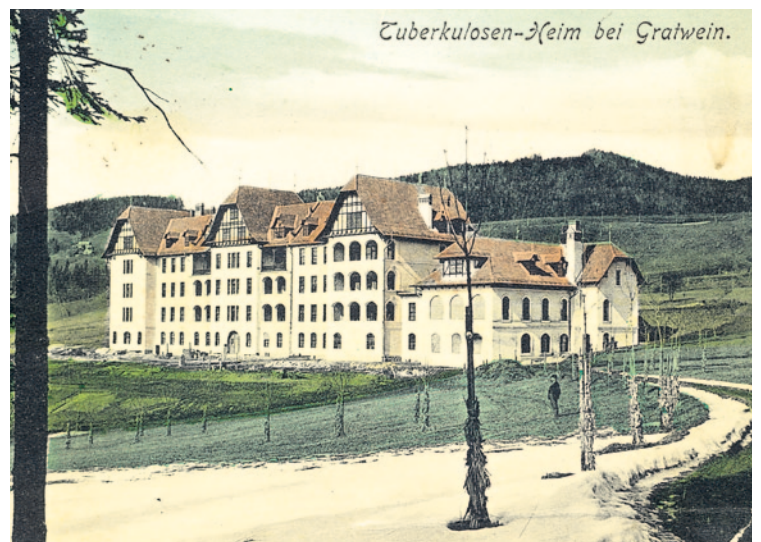
## Peter Rosegger und der Kommunismus

*Peter Rosegger schreibt in seinem Buch „Die Äpler - in ihren Wald und Dorftypen geschildert“, Leipzig 1902. Kapitel „Der Wildschütz“:*

... In den dunklen Gründen des Volkscharakters unter der trägen Asche seines schwerfälligen, unbehilflichen Wesens glimmt ein Fünklein – der Keim des Kommunismus, dem jedoch die im Landvolke so überaus tief eingewurzelte Altständigkeit die Waage hält.

Das Bauerntum muss halt zufrieden sein mit dem, was man ihm vorgemerkt hat; es knurrt wohl, aber es liegt an der Kette trotz alledem.

Das Volk der Alpen hat eine Menschengattung in sich erhalten, die das kommunistische Prinzip recht praktisch durchzuführen weiß — die Wilderer. „Gott hat die Tiere des Waldes für alle erschaffen!“ lautet ihr erster Grundsatz, der freilich schon durch den zweiten gefährdet wird: „Nicht für die Reichen, sondern für die Armen ist das Wild gewachsen.“



Die Gründung der Heilanstalten in Hörgas und Enzenbach bei Graz ist einem wohlthätigen Verein zu verdanken, dessen Präsident Peter Rosegger war. Die Vereinsmitglieder trugen mit Geld, aber auch mit anderen Beiträgen zur Bekämpfung der Volkskrankheit Tuberkulose bei. Zu ihnen zählte der Arzt und Tuberkulosepatient Dr. Theodor Pfeiffer oder der Architekt Professor Leopold Theyer. Zur Bewältigung eines Finanzierungsengpasses bei den Bauarbeiten dichtete und komponierte der Großspender Carl von Ritter-Záhony das „Hörgas-Lied“ (1912).

**Literatur:** Norbert Weiss, Hörgas. Das erste Jahrhundert (Graz 2006) – erhältlich im Landeskrankenhaus Hörgas-Enzenbach.

# VON DER „INSEL DER SELIGEN“ ZUR EURO-KOLONIE Europa macht abhängig!

Die wichtigsten Entscheidungen für die Zukunft unseres Landes fallen schon heute in Brüssel. Damit werden Unabhängigkeit und Demokratie gefährdet. Die KPÖ ist für den Austritt aus der EU und eine eigenständige Wirtschafts- und Währungspolitik Österreichs. Hier einige Beispiele für die Verschlechterungen durch die EU.

## Pensionsraub NEIN DANKE!

Die Pensionen wurden 2013 nur um 1,8% erhöht, obwohl den Pensionisten 2,8%, das ist die offizielle Teuerungsrate für den Zeitraum Aug. 2011 bis Juli 2012, gesetzlich zustehen würden. Die 2,8% selbst liegen bereits deutlich unter dem Pensionistenpreisindex, oder der Teuerung nach dem Index für den täglichen und wöchentlichen Einkauf. Eine Erhöhung unter der Inflationsrate bedeutet einen weiteren realen Kaufkraftverlust

für hunderttausende Pensionisten. Sie schultern damit einen der größten Brocken des Belastungspaketes der Bundesregierung vom Frühjahr dieses Jahres.

Dieses Belastungspaket ist nicht der miserablen österreichischen Budgetlage geschuldet, sondern eine Vorleistung auf den EU-Fiskalpakt, mit dem neoliberalen Technokraten in der EU-Kommission die Entscheidungskompetenz über die Einnahmen und Ausgaben des Staates, aber auch der Sozialversicherungen übertragen wird.

### EU will Pensionsalter auf 72 Jahre anheben!

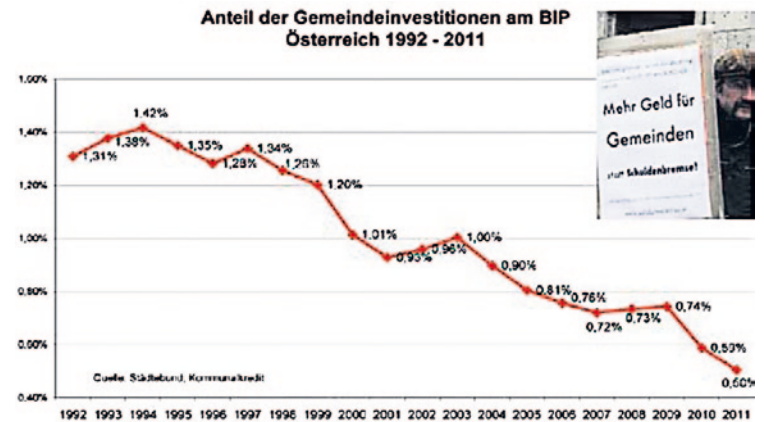
Seit dem Jahr 2000 haben die Pensionisten durch ungenügende Inflationsabgeltung bereits Einkommensverluste von 10% erlitten. Wenn wir uns nicht wehren, werden die Angriffe auf unser Pensionssystem fortgesetzt. Schon jetzt fordert die EU-Kommission die Erhöhung des Pensionsantrittsalter auf 72 Jahre!

### Pensionen sind Lohnanteil!

Pensionen sind keine Almosen. Sie sind ein Lohnanteil, der eben nicht während der aktiven Zeit, sondern im Alter oder bei Invalidität ausbezahlt wird. Kein Arbeiter, keine Angestellte verdient einen Euro mehr, wenn bei den Pensionisten gekürzt wird. Die KPÖ fordert künftig Pensionserhöhungen in Höhe des Pensionistenpreisindex.

- Seit Ausbruch der Wirtschaftskrise haben die ATX-Unternehmen die Dividenden-Ausschüttungen um 32% erhöht (2007 – 2011). Milliarden gehen an Aktionäre, wachsende Armut gibt es für Pensionisten.
- Für bis zu 50 Pensionsbeitragsjahre gibt es 2011 eine Durchschnittspension von 987 Euro. Die Durchschnittspension eines Arbeiters beträgt 602 Euro.
- 239.000 Pensionsbezieher, deutlich über 10% aller Pensionisten, wurden 2012 mit einer Ausgleichszulage von 814,82 Euro abgespeist. Zum Vergleich: die Armutsgefährdungsschwelle liegt laut EU für Österreich bei 1.031 Euro! Von 2,2 Millionen Pensionen liegen über 1,2 Millionen unter dieser Grenze!
- Wenn die Auswirkungen der „Pensionsreformen“ von 2003 voll greifen, werden die Pensionen durchschnittlich zwischen 27% und 38% sinken.

## Gemeinden: Investitionen brechen ein



Von 2009 bis 2011 gingen die Investitionen der Gemeinden um 27% zurück. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank 2011 damit auf einen historischen Tiefststand von 0,50%; das ist fast nur mehr ein Drittel des Jahres 1994 (siehe Grafik).

Mit diesem Sparwahn wurde 2011 ein Budgetüberschuss aller Gemeinden in Höhe von 237 Mill. Euro erzwungen. Beeindruckend ist auch ein Vergleich zwischen den realen Gemeindeinvestitionen und jenen, die getätigt worden wären, wenn der Anteil der kommunalen Investitionen auf dem Niveau von 1994 stabil geblieben wäre: Über

20 Mrd. Euro sind den Gemeinden dadurch seit Mitte der 90er Jahre verloren gegangen. Alleine im Jahr 2011 wurden den Gemeinden dadurch 2,7 Mrd. vorenthalten, das entspricht in etwa 60.000 Arbeitsplätzen! Rudi Schober, Gemeinderat in Ottensheim: „Durch diese Sparpolitik fehlen pro Jahr 10.000 billige öffentlich errichtete Wohnbauten, es verfallen öffentliche Bauten wie Schulen und Kindergärten. Wir bezahlen das mit fehlenden Sanierungen bei Wasser und Kanal, mit fehlenden Investitionen für Seniorenwohnungen, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, Bildung und öffentlichem Verkehr.“



Die ältere Generation wird in der EU besonders benachteiligt. Die Belastungspakete entwerfen die Pensionen.

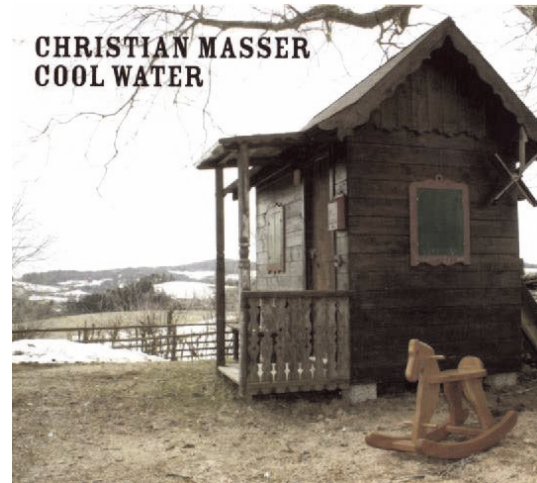




© wikicommons

Das hier abgebildete Fresko von Herbert Boeckl in der Wallfahrtskirche Maria Saal/ Gospa Sveta zeigt eine Figur, die eindeutig die Züge des sowjetischen Staatsgründers Wladimir I. Lenin zeigt. Das Bild aus dem Jahr 1929 war jahrelang verhüllt, heute ist es eine kleine Wallfahrt nach Kärnten wert.

Der Folk- und Rockmusik Bob Dylan schrieb in einem Text: „Then you better start swimming or you'll sink like a stone. For the times they are a changing.“



Der bekennende Johnny-Cash-Fan Christian Masser legt seine zweite CD vor: „Cool Water“, sein Lindo Rec.-Debüt, versammelt 15 Country-Klassiker. Bestellungen: 0316 / 71 24 79 bzw. E-Mail: [mbluesm@hotmail.com](mailto:mbluesm@hotmail.com)

Live: SA 19.10.13: 20h, Schlaglers, Birkfeld, FR 20.12.13: 19:30h, Volkshaus, Graz, SA 21.12.13: 20h, Cafe meLOUNGE, Frohnleiten, FR 07.02.14: 20h, Die Brücke, Grabenstraße 39, 8010 Graz, FR 14.02.13: 20h Bluegarage, Frauental, DO 13.03.14: 20h Marenzikeller, Leibnitz. Termine: [www.facebook.com/christian.masser.3](http://www.facebook.com/christian.masser.3)

**BUCH - NEUERSCHEINUNG**

im guernica Verlag - ab sofort erhältlich: [office@solidarwerkstatt.at](mailto:office@solidarwerkstatt.at)



**„Denn der Menschheit drohen Kriege ...“  
Neutralität contra EU-Großmachtswahn**

Hrsg.  
**Solidar-Werkstatt-  
Österreich**

**„Denn der Menschheit drohen Kriege ...“  
Neutralität contra EU-Großmachtswahn**

**guernica Verlag**  
120 Seiten  
EUR 7,50/ SFr 9,20  
(exkl. Versandkosten)  
ISBN 978-3-9503578-0-6

**Zu bestellen unter:**  
[office@solidarwerkstatt.at](mailto:office@solidarwerkstatt.at)  
T 0732 77 10 94  
[www.solidarwerkstatt.at](http://www.solidarwerkstatt.at)

Der scheidende Euro-Gruppen-Chef Jean Claude Juncker gewährte bei seinem Neujahrsempfang einen düsteren Einblick hinter die Kulissen der Macht: „Das Jahr 2013 könnte ein Vorkriegsjahr werden wie das Jahr 1913, wo alle Menschen an Frieden glaubten, bevor der Krieg kam.“ Tatsächlich versuchen die westlichen Großmächte ihre unter Druck gekommene Hegemonie zunehmend mit Krieg und Gewalt abzusichern. Die Militarisierung der EU schreitet voran; immer lauter werden die Stimmen aus dem Establishment, die EU müsse ein „Imperium“ werden, einschließlich einer europäischen Großmachtsarmee für globale Militäreinsätze. Ein gefährlicher Irrsinn.

Die Friedensbewegung in Österreich kann hier und heute einen international bedeutsamen Beitrag gegen Krieg, Aufrüstung und neue Blockkonfrontation leisten. Der Schlüssel dafür ist der Kampf um die Rück- und Neugewinnung der österreichischen Neutralität. Ein Kleinstaat inmitten Europas bricht aus der sich formierenden imperialen Großmacht aus und verweigert das Mitmarschieren bei Kriegen, um sich in weltweiten Allianzen für Abrüstung, friedliche Konfliktbeilegung und den Abbau struktureller Gewalt einzusetzen.

**Notruf 0316/877 5102**  
**Helfen statt reden. Mit Rat und Tat!**  
**KPO wirkt!**  
Wir beraten Sie gerne.  
Tel. Anmeldung erbeten. **Graz, Landhaus**

**BIBLIOTHEK**  
des KPÖ Bildungsvereins  
im Volkshaus Graz  
Nach Vereinbarung  
für alle zugänglich

**VORSICHT**  
NEIN LAUFEN LASSEN  
DER MOTORRE

Telefonkontakt: Bernd Mugele 0664/73646417  
Schwerpunkte sind Arbeiterbewegung, marxistische Klassiker sowie antifaschistischer Widerstand. Wir haben Bücher abzugeben, Sie können uns gerne besuchen: jeden Mittwoch, 14.30-17.30, oder nach telefonischer Vereinbarung.  
<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

# STEIRISCHE Volksstimme

Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz,  
Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

## Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor,  
Leserbriefe gekürzt zu  
veröffentlichen

Liebes KPÖ-Team!  
Danke für die Einladung zum Pro-  
test gegen den Regress. Ich wünsche  
 Euch viel Glück und Kraft für den  
17. September. Die Steirer die es  
betrifft stehen hinter Euch und  
viele die es noch nicht betrifft und  
nicht wissen das dieses Gesetz nur  
mehr in der Steiermark gibt würden  
es tun. 20 Millionen werden als  
Prämien für die Gemeindegemein-  
legungen ausgegeben. Da ist  
das Geld vorhanden. Bitte kämpft  
für uns!! Ich hoffe Ihr schafft es! Es  
würde viele Familien helfen.

Familie G, Graz

Ich danke euch, dass ihr euch beim  
Regress so dahinterklemmt. Es ist  
gemein und hinterhältig. Da wir

auch schon halb in dieser Regelung  
sind, geht es uns jetzt schon an die  
Nieren. Die Wohnung der Schwie-  
gereltern steht noch zum Verkauf,  
dann sind wir dran. Unsere Träume  
und Wünsche für die Renovierung  
der Wohnung sind dahin.  
Ich wünsche allen und besonders  
euch, dass endlich etwas weitergeht.  
Danke!

Frau O., Bruck/Mur

### Bahn-Probleme

Im Sommer gibt es baustellenbe-  
dingt bei den ÖBB immer Probleme.  
So geschehen am Sonntag, den 14.7.  
2013. Der Zug von Stainach-Irdning  
nach Leoben sollte um 16.21h fah-  
ren. Wochentags gibt es Schienen-  
ersatzverkehr, am Sonntag verkehrte

der Zug, der um 16.21h fahren sollte,  
erst um 16.41. Die mit neongelben  
Warnwesten ausgestatteten ÖBB-  
Auskunftspersonen versicherten auf  
mehrmalige Nachfrage, dass der  
Anschlusszug von Leoben nach Wien  
warten würde. Doch dem war nicht  
so. Da der um 16.41 von Stainach  
abfahrende Zug erst um 17.50h in  
Leoben ankam, gab es weit und breit  
keinen Zug nach Wien. Man musste  
bis 18.41 auf den Anschlusszug nach  
Bruck warten, um dort neuerlich auf  
einen von Graz nach Wien verkeh-  
renden Zug zu warten und mit mehr  
als einer Stunde Verspätung in Wien  
anzukommen. Es gibt allerdings  
Menschen, die auch Sonntag abends  
Termine haben und sich auf die  
ÖBB keinesfalls verlassen können.  
Für eine Fahrt von Stainach nach  
Wien zahlt der vollzahlende Kunde  
41,20€- und dafür so ein Service.  
Kein Wunder, wenn sich die Leute  
lieber ein Auto zulegen. Politisch  
allerdings höchst fragwürdig.

Mag. Sabine Moser

**AMSEL-Arbeitslosen-TREFF – Achtung neuer Ort!**   
im **Schwarzen Radieschen**, Steinfeldgasse 2, 8020 Graz  
InfoTel: 0699 81 537 867. DIE NÄCHSTEN TREFFtermine:  
Do 5. September und Do 19. September 2013  
von 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr im Infoladen. [www.amsel-org.info](http://www.amsel-org.info)  
**AMSEL-Hotline** für arbeitslose-  
Menschen in Bedrängnis: **0681 102 703 42**

## Die Volksstimme kostenlos bestellen!

INFORMATION aus Stadt und Land! Aus erster Hand, kostenlos,  
unverbindlich, aktuell: Bestellen Sie die steirische Volksstimme!  
Wir senden Ihnen unsere Zeitung künftig gerne kostenlos und  
unverbindlich zu.

- Ich möchte:
- Die steirische Volksstimme und die  
Landtags-Informationen der KPÖ
  - Das Programm des KPÖ-Bildungsvereins  
regelmäßig zugesendet bekommen.
  - Kontaktaufnahme, Mitarbeit

Gedanken und Anregungen: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_



## An die STEIRISCHE Volksstimme

Claudia Klimt-Weithaler  
Landhaus, Herrengasse 16  
8010 Graz  
Fax: 0316 / 877 51 08  
E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at



Redakt.: Parteilgruppe Leoben, Schwab, Blassner und Transgender der KPÖ



**RED:OUT**, die Lesbian-Gay-Bi-  
Transgender-Intersexual-Partei-  
gruppe der KPÖ, trifft sich jeden  
ersten Montag im Monat in Graz  
um 18 Uhr in der Traminer Weins-  
tube zu einem offenen Stamm-  
tisch. Jede/r ist willkommen!



**RAT UND HILFE IN  
WOHNUNGSFRAGEN** 

**Mieterschutzverband  
Steiermark**  
Sparbersbachgasse 61  
Tel. 0316 / 38 48 30  
Sprechstunden – Bitte  
um tel. Voranmeldung!  
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr  
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr  
[www.mieterschutzverband.at](http://www.mieterschutzverband.at)

## STEIRISCHE Volksstimme

**Impressum:** Medieninhaber, Herausge-  
ber, Hersteller und Verleger: Landtags-  
klub der KPÖ Steiermark, Herrengasse  
16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verant-  
wortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und  
Herstellungsort: m-4, Graz. Tel. 0316 /  
877-5102. Fax 0317 / 877-5108  
E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at //  
DVR: 0600008

**Offenlegung:** Das Grazer Stadtblatt /  
die Steirische Volksstimme – Informati-  
onsblatt der KP Steiermark ist ein Regi-  
onalmedium und dient der Information  
der steirischen Bevölkerung im Sinne  
der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt  
ist unabhängig von kommerziellen In-  
teressen und tritt für eine Stärkung des  
solidarischen Sozialsystems und gegen  
die Privatisierung von öffentlichem Ei-  
gentum und öffentlichen  
Dienstleistungen ein.







## Tiere suchen ein Zuhause

## TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...  
Folgende Tiere vermittelt das Tierheim Murtal,  
Murweg 3, 8723 Kobenz, Tel. 035 12 / 49 575.

<http://www.landestierschutzverein.at/>



**Chanel:** liebensw. Beaglehündin, geb. Okt. 2009. Sterilisiert, mit Kindern, Katzen, als auch anderen Hunden verträglich. Sie ist sehr gehorsam und bewegungsfreudig.



**Coolio:** 7 Jahre alter, kastr. Mischlingsrüde. Er ist etwas kräftig gebaut und mit Katzen und Kindern verträglich. Geht gerne spazieren, sehr freundlich gegenüber Menschen.



**Flocke:** 6-jährige Staff-Mix-Hündin. Sie ist weiblich, kastriert, aktiv. Welcher Staff-Liebhaber will sich ihrer annehmen?



**Rocky:** 3-jähriger, kastr. Kater der bisher immer Freigang hatte. Braucht Platz, bei dem er draußen herumstreunen kann. Meist sehr freundlich. Wer nimmt den hübschen Kerl auf?



**Destany:** ist eine anfangs etwas schüchterne, noch jüngere Katzentame. Sie sucht einen Platz mit Freigang. Wer kommt sie holen?



**Tiger:** ist ein Findlingskater, wurde schwer verletzt ins Tierheim gebracht. Hat sich von seinen Verletzungen erholt, aber ein Auge konnte nicht gerettet werden. Anfangs scheu, wird er zum Schmusetiger! Wer nimmt ihn trotz seines Handicaps?



**Krocky und Ian:** sind zwei männliche Meerschweinchenböcke für die plötzlich kein Platz mehr in der Wohnung war. Sie suchen einen neuen Heim, evt. auch zusammen, in dem sie sich richtig austoben können.



**Streifenmäuse:** Zwei Streifengrasmäuse suchen gemeinsam ein Zuhause. Ein kleiner Schönheitsfehler leidet ihrem Niedlichkeitsfaktor keinen Abbruch. Sie suchen ein artgerechtes Zuhause bei Kleintierliebhabern.



**Boa Constrictor:** Diese Boa Constrictor sucht einen Platz bei Schlangenkennern, die über ein entsprechend großes Terrarium verfügen, da sie jetzt bereits 2 Meter lang ist. Sie unterliegt der behördlichen Meldepflicht und wird nur an reptilienerfahrene Menschen vergeben!

**Kontakt:**  
Tierheim Murtal  
Murweg 3  
8723 Kobenz  
Tel.: 03512/49575

Öffnungszeiten:  
Montag – Samstag  
9-11 und 14-17

Sonn- und Feiertags  
geschlossen

## Radikale Verteuerung der Hundesteuer bleibt aufrecht KPÖ wird erneut gegen Gesetz stimmen

Zu Jahresbeginn haben SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne gemeinsam eine exorbitante Erhöhung der Hundesteuer beschlossen – in vielen steirischen Gemeinden von unter 20 Euro auf mindestens



60 Euro. Auch ein „Hundekundenachweis“ wurde verpflichtend eingeführt, ohne den gleich 120 Euro an Abgaben zu bezahlen sind.

Aufgrund der heftigen Proteste der Bevölkerung ruderten zuerst FPÖ und Grüne, dann auch SPÖ und ÖVP zurück und versprachen im Landtag eine verbesserte Neuregelung vorzulegen. Diese lag am 4. September dem zuständigen Ausschuss erneut zur Behandlung vor.

Die von SPÖ und ÖVP nun vorgeschlagenen Veränderungen fallen aber enttäuschend aus. Keine der drastischen Verteuerungen wird zurückgenommen, lediglich einige Details wurden korrigiert. Die Neufassung soll in der Landtagssitzung am 17. September 2013 beschlossen werden.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Im nun vorliegenden Entwurf wurde die radikale Erhöhung der Hundeabgabe nicht zurückgenommen. Deshalb wird die KPÖ neuerlich gegen das Gesetz stimmen.“

**DruckZeug**  
Druckwerkstätte im Annenviertel

Wir suchen:  
Ehemalige Setzer-/DruckerInnen, die ihr Wissen über Handsatz und Hochdruck weitergeben möchten

Wir bieten:  
Eine historische Druck-Werkstatt mitten in Graz für Interessierte und Kreative

Mehr Infos über den Verein auf [www.druckzeug.at](http://www.druckzeug.at)  
Kontakt: [office@druckzeug.at](mailto:office@druckzeug.at)  
Tel.: 0699-12680414

WO: Bodentriester/Baier  
Annenstraße 131  
Hofgasse, 8010 Graz

### Zu vermieten

**Der leistbare Veranstaltungsort für alle: VOLKSHAUS GRAZ, Lagergasse 98a**  
für Kleinkunst, Theater, Lesungen, Seminare uvm.



Anfragen an:  
[hausverwaltung@kpoe-steiermark.at](mailto:hausverwaltung@kpoe-steiermark.at)  
oder telefonisch  
Mo-Fr. von 7-14 unter:  
0681/20160204

**JETZT AKTIV WERDEN!**  
"Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt", sagen wir von der Kommunistischen Jugend. Verändern können wir aber nur gemeinsam etwas: Ohne dich sind wir also eine/r zu wenig!

**KjÖ** MACH DEINE WUT ZU WIDERSTAND!

Alle Infos, Kontakt und Mitmachen: [www.kjoe.at](http://www.kjoe.at)



# Rettungsschirm für Menschen statt für Banken und den Euro!

## Was Sie tun können?

Wir leben in einem Land, das den Konzernen Höchstprofite beschert, während Arbeitslosigkeit und Armut weiter wachsen. Wir wollen keinen ungehemmten Kapitalismus, sondern soziale Gerechtigkeit. Dabei ist die EU das Problem. Die Banken, Konzerne und Lobbys müssen entmachtet werden. Das geht nicht mit den etablierten Parteien – sondern nur mit den Kommunisten.

Es ist Zeit für eine Umkehr, Zeit KPÖ zu wählen.

## Geben statt nehmen

Die Politiker kassieren höchste Einkommen dafür, dass sie Österreich im Auftrag der EU-Banken und -Konzerne kaputtsparen. Die steirischen KPÖ-Politiker haben sich verpflichtet, politische Einkommen, die die Höhe eines Facharbeitereinkommen übersteigen, in einen Sozialfonds einzuzahlen, damit das Geld denen zugute kommt, die es wirklich brauchen.

Die KPÖ-Spitzenkandidaten in den Regionalwahlkreisen:



Hilde Tragler,  
Weststeiermark



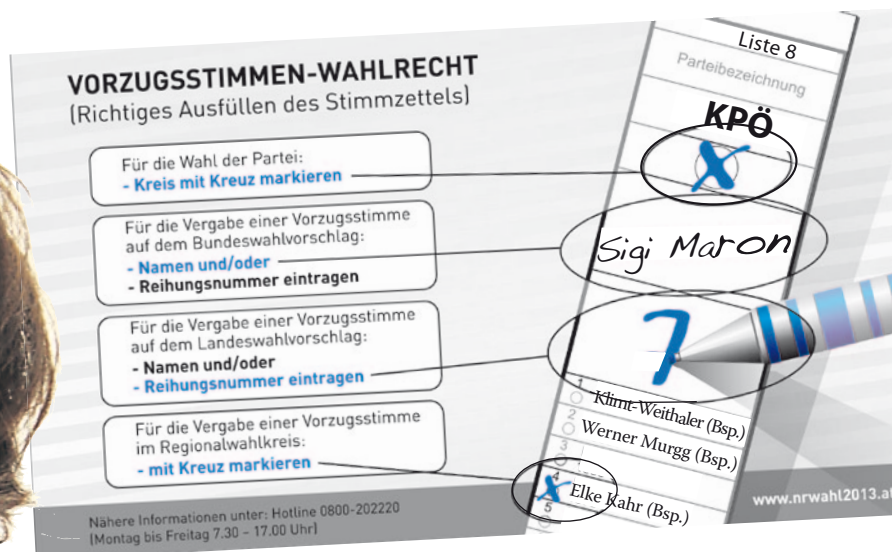
Linde Gindlhuber,  
Oststeiermark



Jürgen Klösch,  
Obersteiermark



© regine schöttl - Fotolia.com



## Arbeiter statt Milliardär

**Kurt Luttenberger**  
Arbeiterkammerrat  
Wahlkreis Graz und GU, Landesliste

Liste 8 **KPÖ**  
www.kpoe-steiermark.at